

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 42/2018 15. Oktober 2018

AKTUELLES

Empörung über «Lehrer-Pranger» der AfD	2
Tausende Lehrer fehlen	4
FDP: Versäumnisse bei Schul-Digitalisierung	6
Gedenkstätten-Chef klagt gegen Kündigung	8

KULTURPOLITIK

Deutscher Buchpreis für Mahlkes «Archipel»	12
Berliner Museum der Moderne wird teurer	13
Schwedische Akademie benennt Mitglieder	13

BERUF UND WEITERBILDUNG

Nied. Kommunen beklagen Fachkräftemangel	16
Minister in Tunesien - Ausbildungsvereinbarung	18
SPD: Weniger Personal-Wettbewerb im Osten	19

FORSCHUNGSPOLITIK

Die Fleisch-Macher	21
«Weckruf» des Weltklimarats	25

HOCHSCHULE

Vatikan will Jesuitenpater nicht als Rektor	28
Uni Mainz mit Israel-Professur	33
Jeder vierte Student stark gestresst	34

SCHULE

Sachsen zahlt angestellten Lehrern Zulage	36
Linke in Meck.-V.: Regierung hält Studie zurück	37
Schüler als Unternehmer in Thüringen	38

VORSCHULE

Mehr Kleinkinder in Kitas in Rheinland-Pfalz	41
--	----

TERMINE

.....	42
-------	----

INHALT (GESAMT)

.....	45
-------	----

Verantwortlich: Christine Cornelius | +49 30 2852 32275
dossier.bildungsforschung@dpa.com

AKTUELLES

Empörung über «Lehrer-Pranger» der AfD

Berlin/Stuttgart (dpa) - Die Online-Plattformen der AfD zur Meldung politischer Äußerungen von Lehrern stoßen bei Bundesländern und Bundesregierung auf Kritik und Empörung. Die Länder seien entschieden gegen Internetportale, in denen Schüler ihre Lehrkräfte wegen vermeintlicher parteipolitischer Einflussnahme denunzieren sollen, sagte der Chef der Kultusministerkonferenz (KMK), Thüringens Ressortchef Helmut Holter (Linke), am 11. Oktober nach einer KMK-Sitzung in Berlin. «Das führt im Ergebnis zu einer Vergiftung des Schulklimas.»

Bundesjustizministerin Katarina Barley (SPD) sagte der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung»: «Organisierte Denunziation ist ein Mittel von Diktaturen.» Die Rechtspopulisten wollen mit den Portalen dagegen vorgehen, wenn Lehrer gegen sie argumentieren. Nach der Hamburger AfD stellte auch die AfD in Baden-Württemberg eine Meldeplattform online.

DIE KRITIK: Barley sagte: «Wer so etwas als Partei einsetzt, um missliebige Lehrer zu enttarnen und an den Pranger zu stellen, gibt viel über sein eigenes Demokratieverständnis preis.» Holter meinte, Lehrer sollten in ihrem Bemühen zur Demokratiebildung, der Erziehung zu Menschenrechten und im Eintreten für Toleranz unterstützt werden. Schule müssten Kenntnisse der freiheitlichen und demokratischen Grund- und Menschenrechte vermitteln. «Zur Demokratiebildung gehört auch zu vermitteln, dass es einen nicht verhandelbaren Kernbestand unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung gibt.»

Baden-Württembergs Ressortchefin Susanne Eisenmann (CDU) hatte die Plattform-Pläne als «völlig daneben» bezeichnet. Nordrhein-Westfalens Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) verurteilte das AfD-Vorgehen ebenfalls mit deutlichen Worten. Der Chef des Deutschen Lehrerverbands, Heinz-Peter Meidinger, bekräftigte im ZDF, die Lehrer wiesen den Vorwurf, sie würden einseitig zuungunsten der AfD informieren, aufs Schärfste zurück. Der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) forderte ein klares Bekenntnis der KMK gegen Denunziationsplattformen. Die Dienstherren müssten sich vor ihre Lehrkräfte stellen.

AKTIONEN DER AFD: Der Vorwurf der AfD lautet, dass Lehrer, die sich kritisch über die AfD äußern, ihr Neutralitätsgebot verletzen. In parlamentarischen Anfragen sammelten sie Hinweise auf solche Fälle. Sie legte auch mehrere Dienstaufsichtsbeschwerden ein. AfD-Vizechef Georg Pazderski

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 42/2018 15. Oktober 2018 - AKTUELLES

wies die Kritik Barleys zurück. Er sagte, die Online-Portale in Berlin, Brandenburg, Hamburg und Niedersachsen seien «unbedingt notwendig, weil in vielen Schulen von Lehrern nur noch ein einseitiges links-grünes Weltbild verbreitet und geduldet wird». Lehrer, die im «Fuck AfD»-T-Shirt unterrichteten, hätten an den Schulen nichts zu suchen.

In Stuttgart schaltete der AfD-Landtagsabgeordnete Stefan Räßle nun ein entsprechendes Portal frei. Schüler können dort Lehrer und Professoren melden. Ihm seien wiederholt «Belege für Hetze gegen die AfD im Unterricht» zugespielt worden, obwohl Lehrer neutral zu sein hätten, sagte Räßle der Deutschen Presse-Agentur. Anders als in Hamburg sollen im Südwesten die Namen von Lehrern oder Professoren veröffentlicht werden. «Das sind öffentliche Personen mit hoheitsrechtlichen Aufgaben», sagte Räßle. Es müssten Belege vorliegen, etwa Unterrichtsmaterial oder Klausuren, bei denen die Fragen darauf abzielten, die AfD negativ darzustellen. Laut den Zeitungen der Funke Mediengruppe gibt es in zehn Ländern Pläne oder Überlegungen für solche AfD-Plattformen.

RECHTLICHE SEITE: Holter sagte im SWR, die Länder prüften juristische Schritte. Ein Verbot der Meldeportale sei rechtlich aber schwierig. Bei Lehrern wiederum ist die Grenze zwischen statthafter Positionierung und zuviel Beeinflussung der Schüler nicht einfach zu ziehen. Seit den 70er Jahren gibt es eine Übereinkunft im Bildungsbereich, nach der Lehrer den Schülern ihre Meinung nicht aufdrängen dürfen, sie Themen ausgewogen besprechen und die Schüler zu selbstständigen Entscheidungen anleiten müssen. Im Konfliktfall gilt dieser so genannte Beutelsbacher Konsens unter Juristen aber als schwer konkret anzuwenden. Juristen und Experten betonten in der bereits seit Wochen laufenden Debatte über das AfD-Vorgehen in verschiedenen Medien, dass Lehrer Recht auf Meinungsfreiheit haben und den demokratischen Grundsätzen verpflichtet seien.

LEHRER BEI DER AFD: Die Partei hat selbst auch Lehrer in ihren Reihen. Wie viele es genau sind, ist nicht bekannt. Zu ihren prominenteren Pädagogen zählen der rechtsnationale Thüringer AfD-Fraktionschef, der ehemalige Geschichtslehrer Björn Höcke, und der bildungspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion Götz Frömming, ein Gymnasiallehrer aus Berlin. Die AfD-Fraktionen in Bund und Ländern fordern, spezielle Lehrpläne für das Fach «Heimatkunde» zu entwickeln und dieses Fach in den ersten vier Schuljahren zu unterrichten.

**Basil Wegener, Alexia Angelopoulou und Anne-Béatrice Clasmann
(Berlin/Stuttgart)**

Internet

- AfD-Aktion Hamburg <http://dpaq.de/QGHlg>
- AfD-Meldeplattform BaWü <http://dpaq.de/U4zut>
- AfD-Meldeplattform Professoren <http://dpaq.de/tl66a>
- «Zeit»-Artikel zum Thema <http://dpaq.de/xdfKR>
- Taz-Interview zum Thema <http://dpaq.de/pup5i>
- SPON-Artikel zum Thema <http://dpaq.de/vlqs6>

Tausende Lehrer fehlen

Berlin (dpa) - An Deutschlands Schulen fehlen innerhalb von zehn Jahren nach offizieller Prognose 18 000 Lehrer. Im laufenden Jahr liegt der Bedarf an frischen Kräften laut Berechnungen der Kultusministerkonferenz (KMK) um 11 510 über dem Angebot auf dem Arbeitsmarkt. Die Lücke sinkt auf 2720 im Jahr 2022. Für das Jahr 2027 geht die KMK dann davon aus, dass wieder 3060 mehr ausgebildete Lehrkräfte zur Verfügung stehen als in dem Jahr gebraucht werden.

Für die bis 2030 reichende Prognose rechnet die KMK mit im Schnitt pro Jahr 700 fehlenden Lehrern. Der Mangel ist in den ostdeutschen Ländern laut der am 11. Oktober veröffentlichten KMK-Prognose in den kommenden Jahren dramatischer. Im Westen gibt es demnach im Schnitt 900 mehr Absolventen des Vorbereitungsdienstes als benötigte Lehrer. In den Ostländern fehlen hingegen im Schnitt jährlich rund 1500 Lehrer.

Stellen in Grundschulen könnten leer bleiben

Derzeit gibt es deutschlandweit 798 200 hauptberufliche Lehrkräfte. Von 2018 bis 2030 rechnen die Bildungsminister mit einem jährlichen Einstellungsbedarf von rund 31 900 Lehrern im Schnitt. Aber nur 31 200 ausgebildete Lehrkräfte gebe es jedes Jahr. Stellen könnten laut der Prognose vor allem in Berufsschulen, Grundschulen, Schulen der mittleren Bildung und in der Sonderpädagogik leer bleiben.

KMK-Präsident Helmut Holter sagte, die Zahlen zeigten den akuten Handlungsbedarf für alle Länder. «Wir sind gemeinsam dazu aufgerufen, jede Anstrengung zu unternehmen, um den künftigen Bedarf zu decken», sagte der Bildungsminister Thüringens (Linke). Die Vorausberechnungen dienten den Ländern dazu, zu reagieren. «Es müssen mehr Lehrer ausgebildet werden», sagte Holter der Deutschen Presse-Agentur.

Besonders viele neue Lehrer braucht der Prognose zufolge Sachsen-Anhalt, wo über die Jahre hinweg nur für rund jede zweite offene Stelle ein ausgebildeter Lehrer zur Verfügung steht. Auch in Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Brandenburg und Thüringen werden viele Stellen kaum besetzt werden können.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 42/2018 15. Oktober 2018 - AKTUELLES

Im Mai hatte die KMK eine Prognose vorgelegt, nach der die Zahl der Schüler bis 2030 um 278 000 auf 11,2 Millionen steigen wird.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) warnte vor einem Bildungsnotstand und forderte ein Sofortprogramm. «In diesem Schuljahr fehlen mehrere tausend Lehrkräfte, zudem sind tausende Stellen mit Quer- und Seiteneinsteigern besetzt», sagte GEW-Chefin Marlis Tepe. Während zu viele Gymnasiallehrkräfte ausgebildet worden seien, gebe es an Grund-, Berufs-, Förder- und Sonderschulen einen gravierenden Mangel.

Der Deutsche Philologenverband warf der Politik Versagen vor. Die Vorsitzende Susanne Lin-Klitzing sagte der «Neuen Osnabrücker Zeitung», die Länder hätten die Entwicklung verschlafen. «Wir brauchen eine jährliche Neuberechnung des tatsächlichen Bedarfs und eine entsprechende Anpassung», sagte sie der «Welt».

Linksfraktionschef Dietmar Bartsch sagte: «Wer nicht will, dass für die Bildungsmisere im politischen Nachlass von Angela Merkel künftige Generationen bezahlen müssen, muss jetzt das im Grundgesetz festgeschriebene Kooperationsverbot aufheben.» Dieses Verbot für den Bund, etwa die Schulen grundsätzlich mitzufinanzieren, soll nach dem Willen der Bundesregierung lediglich gelockert werden.

Basil Wegener, Stefan Hantzschmann (Erfurt)

Internet

- Termin KMK <http://dpaq.de/mATMU>

Länder-Gremium will Kulturpolitik stärken

Berlin (dpa) - Die Bundesländer möchten ihre Kulturpolitik stärken. Dafür wollen die Kulturminister und -senatoren künftig eigenständige Beratungen unter dem Dach der Kultusministerkonferenz (KMK) durchführen, wie die KMK am 11. Oktober in Berlin beschloss. Die Kulturministerkonferenz soll sich um Kulturpolitik von überregionaler Bedeutung kümmern und gemeinsame Anliegen gegenüber der Bundesregierung vertreten.

Der Hamburger Kultursenator Carsten Brosda (SPD), der Vorsitzender der Kulturministerkonferenz werden soll, sagte: «Es ist ein richtiger und wichtiger Schritt, dass die Länder die gemeinsame Debatte über die Förderung der Kultur in Deutschland engagiert und vernehmlich führen - untereinander und mit dem Bund und den Kommunen.»

FDP: Versäumnisse bei Schul-Digitalisierung

Berlin (dpa) - Wenige Monate vor dem geplanten Start der Digitalisierung von Deutschlands Schulen stocken die Vorbereitungen nach Ansicht der FDP. Wie Antworten des Bundesbildungs- und des -finanzministeriums auf kleine Anfragen der Partei zeigen, sieht die Bundesregierung an vielen Stellen keine eigene Zuständigkeit und verweist auf die Länder. Die Antworten lagen der Deutschen Presse-Agentur vor.

Für die Digitalisierung von Deutschlands Schulen will der Bund ab Anfang 2019 in fünf Jahren fünf Milliarden Euro zahlen. Sämtliche Schulen sollen internetfähig werden.

Bereits im Sommer 2017 hatten die Länder und der Bund in Eckpunkten den Kurs abgesteckt. Darin hatten sie unter anderem die Klärung von Grundsatzfragen des Datenschutzrechts als zentral bezeichnet. Auch die Frage nach kostenlos verfügbarem Unterrichtsmaterial (Open Educational Resources) wurde damals bereits aufgeworfen.

Regierung: Zuständigkeit bei den Ländern

Die FDP fragte nun nach Vorbereitungen in diesen Bereichen. In den Antworten der Regierung heißt es dabei immer wieder, die Zuständigkeit liege bei den Ländern. Noch verhandele die Regierung mit diesen zudem über eine Vereinbarung zur Umsetzung des Digitalpakts Schule. Auch wird auf Förderprogramme verwiesen.

Die Vizechefin der FDP-Fraktion, Katja Suding, warf der Regierung schwere Versäumnisse vor. So seien bestehende Förderungsprogramme für digitale Bildung ein einziges Wirrwarr, das niemand mehr durchblicke, sagte sie der dpa. «Über das Breitbandförderprogramm können Schulen anschnelle Internet angeschlossen werden - aber nur, wenn dies Teil eines größeren Vorhabens der Kommune ist», sagte Suding. «Über das Schul-anierungsprogramm können die Kabel in der Schule finanziert werden - aber nur, wenn die Schule eh saniert wird.»

Über den Digitalpakt Schule sollten mobile Endgeräte finanziert werden können, aber nur, wenn sie Teil des pädagogischen Konzepts seien. «Schulen, die trotz allem diese Hürden genommen haben, stehen anschließend vor dem Problem, dass sie keine Lernsoftware einkaufen können oder einsetzen dürfen», kritisierte Suding. «Denn die soll nicht über den Digitalpakt Schule finanziert werden können.» Nötig sei eine umfassende Gesamtstrategie und die Unterstützung für Schulen aus einer Hand.

Derzeit laufen parlamentarische Beratungen über eine Grundgesetzänderung. Sie ist Voraussetzung dafür, dass der Bund in großem Stil finanziell bei der Digitalisierung einsteigen kann. Die Koalition braucht eine Zwei-

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 42/2018 15. Oktober 2018 - AKTUELLES

Drittel-Mehrheit, also auch Stimmen der Opposition. FDP und Grüne hatten dazu erstmals in dieser Wahlperiode einen gemeinsamen Antrag vorgelegt. Sie fordern, Bund und Länder sollten stärker als geplant für Qualität, Leistungsfähigkeit und Weiterentwicklung des Bildungswesens zusammenwirken können. Hinter den Kulissen wird verhandelt, denn ohne verfassungsändernde Mehrheit kommt die Grundgesetzänderung nicht.

Internet

- Gesetzentwurf Grundgesetzänderung <http://dpaq.de/Why7J>
- FDP-Grünen-Antrag <http://dpaq.de/OpgNy>
- Ministerium zu Bund-Länder-Zus. <http://dpaq.de/83Y2r>
- Artikel über Kooperationsverbot <http://dpaq.de/Gt2SG>
- Eckpunktepapier Bund/Länder <http://dpaq.de/yF8Ag>

Asylbewerber - vergleichsweise hohe Bildung

Mannheim (dpa) - Junge Asylbewerber, die nach Deutschland gekommen sind, haben durchschnittlich eine bessere Schulbildung als Gleichaltrige in ihrer Heimat. Dies ist das Ergebnis einer Studie des Mannheimer Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), über die der «Mannheimer Morgen» (Mittwoch) berichtet.

Die in Flüchtlingsunterkünften in Baden-Württemberg befragten 203 männlichen Asylbewerber aus Nahost und Afrika besuchten im Durchschnitt rund 1,6 Jahre länger die Schule als die Gleichaltrigen. Insgesamt 16 Prozent brachten es insgesamt sogar auf zwölf Jahre. Im Vergleich mit jungen Deutschen fehlen den im Durchschnitt knapp 25 Jahre alten Asylbewerbern aus Syrien, Afghanistan und Gambia laut Studie allerdings fünf Bildungsjahre. «Nicht jeder Asylbewerber wird deshalb auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen können», sagte Autor Martin Lange vom ZEW.

Studentenwohnungen immer teurer

Berlin/Köln (dpa) - Studentenwohnungen an den Hochschulstandorten Deutschlands werden immer teurer. Studenten müssen in den meisten Großstädten und Gebieten real zwischen 9,8 Prozent (Greifswald) und 67,3 Prozent (Berlin) mehr Miete zahlen als noch 2010. Das geht aus dem am 8. Oktober vorgestellten Studentenwohnpreisindex im Auftrag des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) hervor.

Seit vergangenem Jahr zogen die Mietpreise demnach real um 2,2 Prozent (Greifswald) und 9,8 Prozent (Berlin) an. «Es muss mehr gebaut werden, allerdings wachsen die Großstädte sehr stark. Neubauten können den Preisanstieg daher dämpfen, aber nicht stoppen», sagte Studienleiter Michael Voigtländer.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 42/2018 15. Oktober 2018 - AKTUELLES

Mit 600 Euro im Mittel bezahlen Studenten in München deutschlandweit am meisten, gefolgt von Frankfurt am Main mit 488 Euro monatlich. Am günstigsten lässt es sich in Magdeburg wohnen: Dort verlangen Vermieter im Median 200 Euro. Zu den preiswertesten Unistandorten mit unter 300 Euro Miete gehören auch Leipzig, Jena, Greifswald, Kiel, Göttingen und Aachen.

Die Studie basiert auf Daten der Internetportale Immobilienscout24 und wgsuche.de. Das IW wollte untersuchen, welche Inserate Studenten finden, wenn sie in eine neue Stadt ziehen, kein Wohnheim-Zimmer erhalten und ausschließlich auf Online-Angebote angewiesen sind. «Die Zahl der Inserate ist noch hoch, aber rückläufig», sagte Voigtländer.

Neben der starken Wohnungsnachfrage in den Großstädten gibt es laut IW einen weiteren Grund für den rasanten Preisanstieg: «Die Ausstattung der Wohnungen ist besser geworden», sagte Voigtländer. Vor allem die Qualität von Neubauten sei gehobener als früher.

Internet

- Was Studentenwohnungen kosten <http://dpaq.de/9tvo5>

Zulagen-Affäre in BaWü geht weiter

Stuttgart (dpa) - In der Affäre um Zulagen an baden-württembergischen Hochschulen kommen immer mehr Details ans Licht. Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) bestätigte am 9. Oktober in Stuttgart, dass auch überhöhte Zulagen an Tarifbeschäftigte an zwei Hochschulen gezahlt wurden. Nach Angaben der «Stuttgarter Zeitung» geht es um Leistungszulagen für Tarifangestellte an den Unis Stuttgart und Heidelberg. Dort sei der gesetzlich vorgegebene Rahmen für Zulagen überschritten worden - in vielen Fällen nur geringfügig, teilweise aber auch um hohe Beträge. Bauer sagte vor Journalisten, die fraglichen Zahlungen seien eingestellt worden - die Fehler würden aufgearbeitet.

Bislang ging es nur um fragliche Zulagen für Professoren an den Hochschulen in Ludwigsburg und Konstanz. Deswegen gibt es einen Untersuchungsausschuss im Landtag in Stuttgart. In der Kritik steht dabei vor allem das Krisenmanagement von Ministerin Bauer.

Gedenkstätten-Chef klagt gegen Kündigung

Berlin (dpa) - Der geschasste Direktor der Stasiopfer-Gedenkstätte Hohenschönhausen, Hubertus Knabe, geht gegen seine Kündigung vor. Am Berliner Arbeitsgericht ging seine Klage gegen die Gedenkstätten-Stiftung ein, wie eine Sprecherin am 11. Oktober auf Anfrage sagte. Ein Verhand-

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 42/2018 15. Oktober 2018 - AKTUELLES

lungstermin stehe noch nicht fest. Auch Knabes bisheriger Stellvertreter habe Klage gegen seine Kündigung eingereicht.

Knabe war vorgeworfen worden, nicht entschieden genug gegen die sexuelle Belästigung von Frauen durch den Vize-Direktor vorgegangen zu sein. Der Stiftungsrat, dessen Vorsitzender Kultursenator Klaus Lederer (Linke) ist, hatte den langjährigen Direktor deshalb einstimmig von seinen Aufgaben entbunden.

Sowohl Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) als auch Lederer hatten betont, Knabe sei keiner Intrige oder ideologischen Erwägungen zum Opfer gefallen. Der frühere Gedenkstätten-Leiter gilt als scharfer Kritiker der Linken. Auf Twitter wies er den Vorwurf zurück, dass in Hohen Schönhausen ein Klima von Angst und Mobbing geherrscht habe.

Grütters schrieb in einer Information für Bundestagsabgeordnete, entscheidend sei das verloren gegangene Vertrauen in Knabes Führungskraft gewesen. Der Stiftungsrat habe den Eindruck gewonnen, dass der Historiker über Jahre Missstände in seinem Haus geduldet und durch Führungsstil und eigenes Verhalten sogar befördert habe.

Die Führungsspitze in der Gedenkstätte soll laut Lederer durch eine öffentliche Ausschreibung neu besetzt werden. Derzeit berät die frühere DDR-Bürgerrechtlerin und frühere Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Marianne Birthler, die Einrichtung.

BaWü-Koalition streitet um Türkischunterricht

Stuttgart (dpa) - CDU und Grüne streiten um eine mögliche staatliche Kontrolle des sogenannten Konsulatsunterrichts an Schulen. Die Landtags-Grünen wollen - wie die SPD - den herkunftssprachlichen Unterricht in staatliche Verantwortung überführen. Man wolle nicht, dass ausländische Staaten über Lehrpläne entscheiden, sagte der Grünen-Abgeordnete Daniel Lede Abal am 11. Oktober im Landtag. Deshalb brauche es einen Umbau des Unterrichts unter dem Dach der Kultusverwaltung und Einbindung der Lehrer und Eltern.

Die CDU und Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) lehnen das auch aus finanziellen Gründen strikt ab. Die CDU-Abgeordnete Sylvia Felder verteidigte das bestehende Konzept. Man dürfe dem Landeshaushalt nicht ohne Not Kosten aufbürden, die Drittstaaten jetzt von sich aus übernehmen würden. Man investiere die Haushaltsmittel lieber in gute Schulpolitik und Deutschunterricht. Es gebe keinen Anlass für Misstrauen. «Eine Infiltration und Indoktrination werden wir nicht tolerieren.»

Auf die Tagesordnung brachte das Thema die AfD. Sie fordert entgegen der anderen Parteien eine ersatzlose Streichung des Unterrichts, der aus

ihrer Sicht verfassungswidrig ist. Man liefere die Kinder damit an den Scheindemokraten Erdogan aus, kritisierte Fraktionschef Bernd Gögel. Der Unterricht führe zu Ausgrenzung.

Der muttersprachliche Unterricht wird von Konsulaten für Kinder und Jugendliche mit ausländischen Wurzeln angeboten und staatlich gefördert. Im laufenden Schuljahr nehmen nach Angaben des Kultusministeriums mehr als 38 000 Schüler daran teil. Die Zahlen sind aber stark rückläufig. Zu den großen Schülergruppen zählen Kinder und Jugendliche mit türkischen Wurzeln. Der Unterricht geht auf eine EU-Richtlinie aus dem Jahr 1977 zurück, um die Kinder von «Gastarbeitern» auf die Rückkehr in ihre Heimat vorzubereiten.

«Du Müll» - Stück über Politiker-Hasspost

Hamburg (dpa) - «Witzfigur», «Du Müll», «Mieses Stück Scheiße». Unablässig prasseln die Hasstiraden, die Politiker wie Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) und Außenminister Heiko Maas (SPD) in ihrer Post finden, am 7. Oktober beim Hamburger Theaterfestival auf das Publikum ein. Vorgelesen von den Schauspielern Iris Berben, Claudia Michelsen, Dietmar Bär und Robert Stadlober.

Ganz in Schwarz gekleidet lesen sie die harte Kost an einem langen Tisch auf der Bühne, während Schimpfwörter und Morddrohungen auf einer riesigen Leinwand eingeblendet werden. Die Idee zu der Produktion «Chor des Hasses» auf Kampfnagel stammte von «Zeit»-Chefredakteur Giovanni di Lorenzo. Er hat die Adressaten der Hasspost eingeladen, mit ihm darüber zu sprechen, wie sie mit diesen furchtbaren E-Mails und Briefen umgehen.

Gekommen sind von der Leyen, Maas, Özdemir und Hollstein

Gekommen sind neben von der Leyen und Maas auch der Grünen-Politiker Cem Özdemir und der Bürgermeister der westfälischen Stadt Altena, Andreas Hollstein. Vor knapp einem Jahr hatte ein Mann den CDU-Politiker in einem Döner-Imbiss mit einem Messer attackiert und dabei leicht am Hals verletzt. In der Inszenierung von Ulrich Waller hören die Politiker in geballter Form, was in ihren Postfächern landet. Das Projekt will öffentlich machen, wie sehr Politiker mit Hass überschüttet werden und der Frage nachgehen, wie das die Sprache und das Handeln verändert.

Krass dabei die Gegensätze: Viele Schreiben beginnen höflich mit «Sehr geehrter Herr...», bevor wüste Beschimpfungen folgen. Es herrscht eine gedrückte Stimmung im ausverkauften Saal. «Schwer auszuhalten», flüstert einer der 850 Zuschauer seinen Sitznachbarn zu. Als die Lesung endet und die Politiker die Theaterbühne betreten, zollt di Lorenzo ihnen Respekt,

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 42/2018 15. Oktober 2018 - AKTUELLES

«dass Sie sich das angetan haben». Riesenapplaus vom Publikum. Der Journalist bietet erst einmal einen Schnaps an. «Falls Sie jetzt einen brauchen», sagt er und sorgt - nach solch einem schweren Anfang - mit dieser Geste für Gelächter im Saal. Welche Macht hat dieser Chor des Hasses? Das will di Lorenzo von seinen Gästen wissen.

Von der Leyen: «Es ist schlimmer geworden»

«Das lässt einem schon den Atem stocken», sagt von der Leyen. «Ich hab' das Gefühl, das ist schlimmer geworden in den vergangenen Jahren.» Vor zehn Jahren habe sie noch Zuschriften bekommen, in denen sie etwa als «miese Mutter» beschimpft worden sei. Doch die Dimension habe sich - vor allem seit sie Verteidigungsministerin sei - verändert. Ausgeprägt sei eine starke Sexualisierung, berichtet die Politikerin. «Es gibt keine Mail, wo nicht «Fotze» drinsteht und immer diese brutale, widerliche Art der Vergewaltigungsfantasien.» Sie habe aber gelernt, sich davon «abzuspalten».

Lokalpolitiker Hollstein, bekannt für seine liberale Flüchtlingspolitik, betont angesichts der Flut von Hasspost an ihn, man dürfe diesen Menschen nicht einen Deut nachgeben. Maas erklärt, er lese solche Mails in der Regel nicht. «Was ich bisher gesehen habe, ist so abartig, so krank, dass ich es auch nicht ernst nehmen kann», sagt er. Erschreckend sei, dass die Hemmschwelle der «Verbal-Radikalität» immer weiter abgenommen habe. Zudem sei früher fast alles anonym gewesen, nun finde sich öfter der ganze Name plus Adresse auf den Schreiben. «Das macht mir dann doch noch einmal deutlich, mit welcher Form der Verrohung wir es hier zu tun haben.»

Grünen-Politiker Özdemir fordert mit Blick auf die vielen Hasskommentare in den sozialen Medien, dass dies kein rechtsfreier Raum sein dürften. Gewalt sei immer zu verurteilen, die Zivilgesellschaft gefordert. «Die Auseinandersetzung muss mit den Mitteln der Demokratie stattfinden.»

Stephanie Lettgen (Hamburg)

Internet

- Informationen zur Produktion <http://dpaq.de/dwNmH>
- Mehr zum Kampfnagel-Theater <http://dpaq.de/xmoLT>

KULTURPOLITIK

Deutscher Buchpreis für Mahlkes «Archipel»

Frankfurt/Main (dpa) - Die Berliner Schriftstellerin Inger-Maria Mahlke hat mit ihrem Teneriffa-Roman «Archipel» den Deutschen Buchpreis gewonnen. Durch viele schillernde Details werde das Buch zu einem «eindrücklichen Ereignis», begründete die Jury am 8. Oktober die Auszeichnung. Mit dem Preis wird zum Auftakt der Frankfurter Buchmesse die beste literarische Neuerscheinung des Jahres in deutscher Sprache prämiert. Es ist das erste Mal seit fünf Jahren, dass eine Frau die wichtigste Auszeichnung der Branche gewinnt.

In Mahlkes Roman geht es um drei Familien aus unterschiedlichen sozialen Klassen, in denen die Geschichte Spaniens Brüche und Wunden hinterlässt. Der Blick der 1977 geborenen Autorin für die feinen Verästelungen in den familiären und sozialen Beziehungen auf der Kanaren-Insel sei faszinierend. «Gerade hier verdichten sich die Kolonialgeschichte und die Geschichte der europäischen Diktaturen im 20. Jahrhundert», urteilte die Jury. General Franco hatte 1936 in Teneriffa seinen Putsch gegen die spanische Republik begonnen.

Autorin verbrachte Teil der Kindheit auf Teneriffa

Die in Hamburg geborene Autorin, die in Lübeck aufwuchs, hat einen Teil ihrer Kindheit auf der Kanareninsel verbracht. Sie studierte an der Freien Universität Berlin Jura und arbeitete zuerst am Lehrstuhl für Kriminologie, bevor sie sich ganz dem Schreiben widmete.

Ihr 2010 erschienenes Debüt «Silberfischchen» wurde bereits begeistert von der Kritik gefeiert. Mit dem historischen Roman «Wie ihr wollt» über die kleinwüchsige Mary Grey - eine Cousine von Königin Elizabeth I. - im England des 16. Jahrhunderts schaffte sie es bereits 2015 auf die Shortlist für den Buchpreis. «Archipel» ist ihr vierter Roman.

Im Finale setzte sich Mahlke gegen fünf andere Autoren durch. Außer ihr waren dieses Jahr noch Maria Cecilia Barbetta («Nachtleuchten»), Maxim Biller («Sechs Koffer»), Nino Haratischwili («Die Katze und der General»), Susanne Röckel («Der Vogelgott») und Stephan Thome («Gott der Barbaren») nominiert.

Der Deutsche Buchpreis, 2005 erstmals vergeben, gilt als wichtigste Auszeichnung der Branche. Er wird vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels vergeben. Der Sieger erhält 25 000 Euro. Eine Jury aus sieben Kritikern wird jedes Jahr neu gewählt. Sie bestimmt die sechs Finalisten in einem mehrstufigen Verfahren.

Mahlkes Romane erscheinen im Rowohlt Verlag. Die Autorin gehört zu denen, die sich mit der entlassenen Rowohlt-Verlegerin Barbara Laugwitz solidarisiert haben. Der Wechsel an der Spitze des renommierten Verlags, der zum Holtzbrinck-Konzern gehört, hat in den vergangenen Wochen erhebliche Turbulenzen in der Branche ausgelöst.

Im vergangenen Jahr hatte Robert Menasse mit dem Roman «Die Hauptstadt», in dem er sich mit der EU-Bürokratie in Brüssel beschäftigte, beim Deutschen Buchpreis das Rennen gemacht.

Thomas Maier (Frankfurt/Main)

Internet

- Deutscher Buchpreis <http://dpaq.de/VfFOI>

Berliner Museum der Moderne wird teurer

Berlin (dpa) - Das von den Schweizer Stararchitekten Herzog & de Meuron entworfene Museum der Moderne in Berlin wird deutlich mehr kosten als die bisher veranschlagten 200 Millionen Euro. Bei der Vorstellung des überarbeiteten Entwurfs sagte Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) am 9. Oktober: «Wir werden auf jeden Fall deutlich höhere Mittel in den Haushalt einstellen müssen.» Seriöse Zahlen könne man allerdings erst im Sommer nennen, wenn die Entwurfsplanung abgeschlossen sei.

Das Museum in der Nähe des Potsdamer Platzes soll die Neue Nationalgalerie ergänzen und die hochkarätige Berliner Sammlung von Kunst des 20. Jahrhunderts zeigen. Nach Angaben von Hermann Parzinger, dem Präsidenten der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, soll der erste Spatenstich im kommenden Jahr erfolgen. Mitte der 2020er Jahre könne das Haus öffnen. Ursprünglich war die Fertigstellung schon für 2021 geplant.

Schwedische Akademie benennt Mitglieder

Stockholm (dpa) - Die Schwedische Akademie, die den Literaturnobelpreis vergibt, hat zwei neue Mitglieder. Der Jurist Eric M. Runesson und die Schriftstellerin Jila Mossaed sollen beim nächsten Zusammentreffen der Akademie am 20. Dezember aufgenommen werden, wie die Akademie am 8. Oktober bekannt gab.

Sie folgen auf die Dichterin Lotta Lotass und die Autorin Kerstin Ekman, die ihr Amt schon länger nicht mehr aktiv ausübten. Runesson und Mossaed waren durch die verbleibenden Mitglieder der Akademie gewählt worden. Schwedens König Carl Gustaf gab seine Zustimmung.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 42/2018 15. Oktober 2018 - KULTURPOLITIK

Der Monarch bezeichnete die Wahl zweier neuer Mitglieder als positiv. «Meine Hoffnung ist, dass die Schwedische Akademie dadurch die Möglichkeit erhält, Vertrauen in die Institution aufzubauen und ihre wichtige Arbeit fortzusetzen.»

Die Schwedische Akademie hat 18 Mitglieder, die auf Lebenszeit gewählt sind. Sie war nach der Kontroverse um den Theaterregisseur Jean-Claude Arnault und seine Frau, Akademiemitglied Katarina Frostenson, in die Krise geraten. Weil die Mehrheit der Akademiemitglieder gegen den Rauswurf von Katarina Frostenson stimmte, stellten drei von ihnen die Arbeit ein, darunter die frühere ständige Sekretärin Sara Danius. Da andere aus Altersgründen nicht mehr aktiv sind, verlor die Akademie ihre Beschlussfähigkeit, der Literaturnobelpreis musste abgesagt werden.

Arnault war Anfang der Woche wegen Vergewaltigung zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Auch andere Frauen berichteten, von dem Theaterregisseur sexuell belästigt worden zu sein. Außerdem wurde ihm vorgeworfen, Interna aus der Schwedischen Akademie ausgeplaudert zu haben.

Eine neue Interpretation der Statuten soll es in Zukunft möglich machen, dass ein Akademiemitglied austreten kann. Ob Katarina Frostenson in dem Zirkel verbleibt, war zunächst nicht zu erfahren.

Internet

- Svenska Akademien <http://dpaq.de/FwUPa>
- Mitteilung Königshaus <http://dpaq.de/bQk2G>

Verdienstkreuz für Wimmelbuchautor

München (dpa) - Der Illustrator und Bilderbuchautor Ali Mitgutsch hat das Verdienstkreuz am Bande verliehen bekommen. Der 83-Jährige aus Bayern konnte die Auszeichnung des Bundespräsidenten am 9. Oktober in München entgegennehmen. Er habe mit seinen Wimmelbüchern ein neues Genre und einen unverkennbaren Illustrationsstil geschaffen, teilte die Regierung von Oberbayern mit. Die Wimmelbücher förderten nicht nur die genaue Beobachtung, sondern auch den Sprachschatz und die Kommunikation zwischen Kindern und Erwachsenen.

Mitgutschs Wimmelbücher kommen ohne Text aus. Sie bestehen aus Panoramen vieler kleiner Szenen, die mitten aus dem Leben gegriffen sind. Allein in Deutschland wurden mehr als fünf Millionen Mitgutsch-Bücher verkauft, im Ausland mehr als drei Millionen.

Geld gibt es für den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland - so die offizielle Bezeichnung - nicht. Seit seiner Einführung 1951 wurde der Orden, den es in mehreren Stufen gibt, mehr als 257 000 Mal verliehen.

Nachlass von Schriftsteller Paz bleibt in Mexiko

Mexiko-Stadt (dpa) - Der Nachlass des mexikanischen Literaturnobelpreisträgers Octavio Paz ist in seinem Heimatland zum «künstlerischen Denkmal» erklärt worden. Damit werde sichergestellt, dass sein Werk in Mexiko erhalten bleibe, teilte Kultusministerin Maria Cristina García am 5. Oktober mit. Der Erhalt des Archivs trage dazu bei, Leben und Werk eines der wichtigsten spanischsprachigen Schriftsteller besser kennenzulernen, betonte das Ministerium.

Die zahlreichen Manuskripte, Artikel, Dokumente und auch Fotografien des Schriftstellers sollen an das nationale Institut der schönen Künste und Literatur übergeben werden. Paz («Das Labyrinth der Einsamkeit») war 1998 im Alter von 84 Jahren gestorben. Nach dem Tod seiner Witwe im vergangenen Juli war zunächst unklar gewesen, was mit dem Nachlass passieren sollte, da sie kein Testament hinterlassen hatte. Paz war 1990 mit dem Literaturnobelpreis ausgezeichnet worden.

Internet

- Declaratoria <http://dpaq.de/RwnNK>
- Enciclopedia de la Literatura Mexicana <http://dpaq.de/YDMhk>

BERUF UND WEITERBILDUNG

Nied. Kommunen beklagen Fachkräftemangel

Hannover (dpa) - Durch den Fachkräftemangel drohen Niedersachsens Kommunen enorme Probleme bei der Suche nach qualifiziertem Personal. Der Städte- und Gemeindebund (NSGB) warnt vor landesweit Zehntausenden unbesetzten Fachkraftstellen im öffentlichen Dienst. Gesucht würden nicht nur Bademeister, Ingenieure, technische Sachbearbeiter und Verwaltungskräfte, sondern auch Erzieher und Pfleger. Betroffen seien Rathäuser, Bürgerbüros und andere kommunale Einrichtungen.

Unter Berufung auf eine Prognose der Prüfgesellschaft PWC schätzt der Verband, dass schon heute bundesweit 151 000 Verwaltungskräfte in den Kernbereichen des öffentlichen Dienstes fehlen. Hinzu kämen 194 000 Fachkräfte bei den lehrenden Berufen, sagte NSGB-Sprecher Thorsten Bullerdiek der Deutschen Presse-Agentur. Er forderte Unterstützung von Bund und Land beim kommunalen Bemühen um attraktivere Jobs.

Flüchtlinge in Hamburg finden zunehmend Jobs

Hamburg (dpa) - Flüchtlinge in Hamburg finden zunehmend in den regulären Arbeitsmarkt und nehmen eine Beschäftigung auf. Es blieben jedoch auch zahlreiche Flüchtlinge ohne Arbeit, weil sie es wegen fehlender Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt schwer hätten, teilte die Agentur für Arbeit der Deutschen Presse-Agentur in Hamburg mit.

Danach sind zwischen Anfang 2016 und Ende September des laufenden Jahres fast 5300 Flüchtlinge in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gewechselt. Die meisten - mehr als 3800 - haben Hilfs- oder Anlertätigkeiten übernommen. Dazu kommen mehr als 900 Fachkräfte sowie etwa 230 Spezialisten und Experten, die bei Hamburger Unternehmen eine Anstellung gefunden haben. Es sind aber noch mehr als 16 400 Flüchtlinge in Hamburg als arbeitslos oder arbeitssuchend gemeldet. Das bedeutet, dass ungefähr ein Viertel der Flüchtlinge einen Arbeitsplatz finden konnte.

«Über die steigende Anzahl neuer Jobs für Geflüchtete freue ich mich», sagte der Chef der Arbeitsagentur, Sönke Fock. «Ich appelliere aber an die betroffenen Beschäftigten und Unternehmen, die Sprachkompetenz kontinuierlich zu verbessern und nach Möglichkeit eine Weiterbildung zu realisieren.» Gesucht würden in Hamburg mehr und mehr Fachkräfte. An- und ungelernte Arbeitskräfte hätten es schwer und könnten ihren Arbeitsplatz auch schnell wieder verlieren.

Gute Erfahrungen habe die Agentur mit zweiwöchigen Kompetenzfeststellungen gemacht, bei denen in unterschiedlichen Wirtschaftsbereichen die

Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie die Motivation, Zuverlässigkeit und das Talent der Flüchtlinge überprüft würden. Gute Möglichkeiten gebe es im Handwerk, im Hotel- und Gaststättengewerbe und im Bereich Lager und Logistik.

Erstmals wieder mehr Azubis in Meck.-Vorp.

Schwerin (dpa) - Der seit zwei Jahrzehnten andauernde Rückgang der Lehrlingszahlen in Mecklenburg-Vorpommern ist vorerst gestoppt. Ende vergangenen Jahres waren 19 303 Jugendliche im Nordosten in einer dualen Ausbildung mit betrieblicher Praxis und theoretischem Unterricht an einer Berufsschule - 315 mehr als ein Jahr zuvor, wie das Statistische Landesamt am 5. Oktober in Schwerin bekanntgab.

«Damit ist erstmals seit 20 Jahren die Zahl der Auszubildenden nicht weiter zurückgegangen, sondern um rund zwei Prozent angestiegen», sagte die zuständige Dezernentin Gabriele Kleinpeter. Vergangenen Herbst unterschrieben demnach 7894 Jugendliche einen neuen Ausbildungsvertrag - 201 oder 2,5 Prozent mehr als ein Jahr zuvor.

Die positive Entwicklung betreffe nahezu alle Ausbildungsbereiche und vor allem das Handwerk, hieß es. Allein dort sei die Zahl der Azubis im Vergleich zum Vorjahr um 207 oder 3,9 Prozent auf 5241 gestiegen. Die Freien Berufe wie Ärzte, Zahnärzte, Steuerberater und Rechtsanwälte, bildeten demnach 52 Lehrlinge mehr aus als im Jahr zuvor. Im öffentlichen Dienst gab es ein Plus von 49 und in der Landwirtschaft von 27 Jugendlichen.

In Industrie und Handel - mit gut 11 000 Lehrlingen der größte Ausbildungsbereich - stagniere hingegen die Zahl auf Vorjahresniveau. Die Top Ten der Berufe waren bei den jungen Männern Kfz-Mechatroniker, Koch und Landwirt und bei den jungen Frauen Bürokauffrau, Verkäuferin und Kauffrau im Einzelhandel.

Nach und nach kommen auch mehr ausländische Jugendliche in Ausbildung: Ende 2017 waren es dem Amt zufolge 964 und damit 20 mehr als ein Jahr zuvor. Sie lernten vor allem in Industrie und Handel (642 Azubis) und im Handwerk (272). Einen neuen Vertrag schlossen im Herbst 518 ausländische Jugendliche ab, dies entsprach einem Zuwachs von 68.

Die Zahl der Ausbildungsabbrecher bleibt allerdings hoch: 14,9 Prozent aller Lehrverträge wurden im vergangenen Jahr vorzeitig gelöst. Außerdem fiel jeder siebte (15,2 Prozent) Teilnehmer durch die Abschlussprüfung.

Internet

- Bericht Ausbildungszahlen 2017 <http://dpaq.de/tZfaK>

Minister in Tunesien - Ausbildungsvereinbarung

Berlin (dpa) - Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) will in Tunesien mit Ausbildungsvereinbarungen die berufliche Qualifizierung junger Leute voranbringen. Dies sei ein Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des nordafrikanischen Landes, biete aber auch Chancen für deutsche Unternehmen, wie Müller in Berlin vor seiner Abreise am 10. Oktober erklärte. Geplant ist die Unterzeichnung von Kooperationsabkommen mit sieben Unternehmen. Mit den Vereinbarungen sollen die Perspektiven für junge Tunesier in ihrem Heimatland verbessert werden.

«Tunesien ist Reformpartnerland. In einer besonderen Partnerschaft wollen wir dort die demokratischen Strukturen unterstützen: good governance (gute Regierungsführung), aber dann auch den wirtschaftlichen Fortschritt stabilisieren», sagte Müller. «In den letzten Jahren gab es dort ermutigende Zeichen. So haben sich 270 deutsche Unternehmen auch dort bereits engagiert und 60 000 Arbeitsplätze in Tunesien geschaffen.»

In den Ländern in Nordafrika lebten Millionen von Jugendlichen, die keine Perspektive und keine Arbeit hätten «und der Schlüssel dazu ist Ausbildung», sagte Müller. Dabei werde auf eine handwerkliche Ausbildung gesetzt. Es gebe zu viele arbeitslose Universitätsabsolventen.

Tunesien gilt als Hoffungsland, weil es als einziges Land der Region nach dem sogenannten «Arabischen Frühling» den Wandel zu einer funktionierenden Demokratie geschafft hat. Allerdings leidet das kleine nordafrikanische Land unter einer hohen Jugendarbeitslosigkeit und kämpft weiterhin mit wirtschaftlichen Problemen. Immer mehr junge Tunesier versuchen, illegal nach Europa zu gelangen.

Experten: Einreise von Fachkräften erleichtern

Nürnberg (dpa) - Eine von der Bundesagentur für Arbeit beauftragte Expertengruppe hat Vorschläge zur einfacheren Zuwanderung von Fachkräften unterbreitet. Unter bestimmten Voraussetzungen solle die Einreise erleichtert werden, auch wenn der ausländische Berufsabschluss nicht vollständig anerkannt werden könne, zitierte das Magazin «Der Spiegel» aus einem Papier der Gruppe. Für die Anerkennung könne eine «zentrale Erst-anlaufstelle» geschaffen werden.

Die Vorschläge wurden von Mitgliedern einer Arbeitsgruppe aus Bundesagentur (BA) sowie Sozialpartnern und Bundesministerien erarbeitet, wie es bei der Agentur hieß. Handlungsbedarf gebe es bei Hürden im Aufenthaltsrecht und langwierigen Visumverfahren. Der BA-Verwaltungsrat soll noch über die Vorschläge beraten.

Die Koalition hatte sich am 9. Oktober auf einen neuen Plan verständigt, wonach Fachkräfte aus Nicht-EU-Staaten künftig zur Arbeitsplatzsuche für sechs Monate nach Deutschland kommen dürfen. Voraussetzung für die Fachkräftezuwanderung sollen etwa eine qualifizierte Ausbildung und Deutschkenntnisse sein. Laut Deutschem Industrie- und Handelskammertag (DIHK) fehlen den Unternehmen 1,6 Millionen Arbeitskräfte - in Bauberufen, aber auch in technischen Berufen von Sanitär bis IT oder bei Gesundheit und Pflege.

SPD: Weniger Personal-Wettbewerb im Osten

Potsdam (dpa) - Die SPD-Fraktionschefs aus Ostdeutschland wollen die Abwerbung von Personal im öffentlichen Dienst unter den Bundesländern stärker eindämmen. «Ein fortwährender Wettbewerb um Lehrkräfte, Polizisten oder Erzieherinnen dient niemandem», heißt es in einem Beschluss der Fraktionsspitzen aus den fünf neuen Ländern und Berlin, der am 5. Oktober bei der ersten derartigen Sitzung in Potsdam verabschiedet wurde. Die Befürchtung ist, dass reichere Bundesländer wie Bayern künftig mit höheren Gehältern das knapper werdende Personal aus ärmeren Bundesländern abwerben könnten.

Um den Wettbewerbsdruck zu mindern, sollen strategische Leitlinien entwickelt werden, sagte Brandenburgs SPD-Fraktionschef Mike Bischoff. «Um die Innovationskraft der ostdeutschen Bundesländer zu nutzen und gleichwertige Lebensverhältnisse zu fördern, halten wir eine Angleichung von Standards bei der Besoldung in Kernbereichen des öffentlichen Dienstes für sinnvoll», heißt es in der Erklärung. Wichtig sei auch, dass alle ostdeutschen Bundesländer genügend Nachwuchskräfte ausbildeten.

Auch innerhalb der SPD dringen die Ost-Fraktionschefs auf eine angemessene Berücksichtigung des Ostens. So pochen sie darauf, dass die Bundes-SPD bei ihrer Liste für die Europawahl im Mai 2019 auf den ersten 16 Plätzen jeweils einen Vertreter aus jedem Bundesland aufstellt. Dann hätten auch ostdeutsche Kandidaten gute Aussichten auf einen Platz im Europaparlament. Größere SPD-Landesverbände wie etwa Nordrhein-Westfalen könnten aber argumentieren, dass sie wegen ihrer Größe mehr Kandidaten auf vorderen Plätzen nominieren dürften.

Der Berliner SPD-Fraktionschef Raed Saleh sagte bei einer Pressekonferenz, der Zustand der SPD im Osten sei schlecht, insgesamt gebe die SPD einen traurigen Anblick ab. Dies beunruhige ihn, sei aber auch ein Argument, die Hände nicht in den Schoß zu legen. Derzeit ist die SPD im Osten an allen sechs Landesregierungen beteiligt.

Frauen-Mentoring-Programm in Sachsen-A.

Magdeburg (dpa) - Mit einem Mentoring-Programm wollen die Grünen in Sachsen-Anhalt mehr Frauen für die politische Arbeit gewinnen. Ein Jahr nach dem Start des Programms zeige sich bei den Teilnehmerinnen eine gute Entwicklung, sagte Fraktionschefin Cornelia Lüddemann der Deutschen Presse-Agentur. Allerdings blieb es in der ersten Runde bei zwei teilnehmenden Frauen. «Ich muss selbstkritisch sagen, dass wir uns da mehr versprochen haben», sagte Lüddemann. Bei nur fünf Abgeordneten sei aber auch keine große Steigerung möglich, schließlich erfordere die Betreuung der Hospitanten sehr viel Zeit.

Das Mentoring-Programm kombiniert eine Hospitanz bei einem Abgeordneten mit externen Fortbildungen, die die Frauen für eine mögliche Karriere in der Politik fit machen sollen. Bei der Hospitanz nehmen die Teilnehmerinnen am politischen Tagesablauf der Abgeordneten teil und sollen auf diese Weise die parlamentarische Arbeit kennenlernen. Wer Interesse zeige, werde ermuntert, zu einem Thema auch mal eine Vorlage zu erstellen oder sich beim Entwurf eines Antrags einzubringen, sagte Lüddemann.

Zudem werde gemeinsam mit den Frauen nach passenden Fortbildungen gesucht. Möglich sei etwa ein Rhetorik-Kurs oder ein Seminar für Frauen in der Politik von der Landeszentrale für politische Bildung.

Die Fraktionschefin betreute eine der Teilnehmerinnen, eine 39 Jahre alte Polizistin. Die zweite Teilnehmerin, eine 20 Jahre alte Studentin, hospitiert noch bis Ende Dezember bei Innenexperte Sebastian Striegel.

Viele alte sächsische Landesbedienstete

Dresden (dpa) - Mehr als die Hälfte der Bediensteten bei Polizei, Justiz und Landesverwaltung in Sachsen sind älter als 50 Jahre. Nur im Präsidium der Bereitschaftspolizei und im Landeskriminalamt ist die Mehrheit jünger, wie aus der Antwort des Innenministeriums auf eine Kleine Anfrage des Grünen-Landtagsabgeordneten Valentin Lippmann hervorgeht.

Danach sind jeweils die meisten Mitarbeiter bei der Polizei, in der Landesdirektion Sachsen, dem Statistischen Landesamt, bei Gerichten, Staatsanwaltschaften, im Justizvollzug sowie den Landesämtern für Straßenbau und Verkehr, Denkmalpflege sowie Umwelt, Landwirtschaft und Geologie und den Staatlichen Kunstsammlungen zwischen 50 und 59 Jahren alt.

Vor diesem Hintergrund wird davon ausgegangen, dass bis 2030 mehr als 9860 Bedienstete regulär in den Ruhestand wechseln.

Internet

- Antwort Drucksache 6/14738 <http://dpaq.de/YKxgV>

FORSCHUNGSPOLITIK

Die Fleisch-Macher

Nes Ziona (dpa) - Saftig soll es sein, den würzig-salzigen Geschmack haben und aussehen wie herkömmliches Fleisch. Doch im Moment ist das Steak der Zukunft nicht viel mehr als ein Zellhaufen. Tausende kleine Bläschen drängen sich wie bei Froschlaich aneinander, nur sichtbar in zigfacher Vergrößerung auf dem Computerbildschirm.

«Bitte nicht fotografieren», sagt Didier Toubia in seinem Labor in einem Industriepark nahe Tel Aviv. Immerhin forscht der 45-jährige Israeli mit seinem Start-up Aleph Farms an einer möglichen Revolution der Fleischproduktion: Fleisch aus dem Labor, gezüchtet aus Stammzellen von Kühen.

Über das Essen von Fleisch ist längst ein Grundsatz-Streit entbrannt. Gesund, ja oder nein? Ist es moralisch okay, wenn Tiere dafür leiden? Und wie steht es um die Folgen des Steak-Konsums fürs Klima? Zumindest einen Teil der Probleme wollen High-Tech-Pioniere lösen, indem sie Fleisch züchten. Was dann auf die Teller kommen soll, hat in der Form nie als Stück eines Tieres im Stall oder auf der Weide gestanden.

An mehreren Orten weltweit tüfteln Forscher und Unternehmer an solchen Produkten. Mit am weitesten sind Start-ups in Israel. Bei einem Besuch trifft man Entwickler, die sehr optimistisch wirken. Man stößt aber auch auf Fragen, die noch zu klären sind.

Für das Klima und gegen Tierquälerei

«Die Mission der Firma ist es, besseres Essen für die Menschen zu produzieren», sagt Didier Toubia, weißer Laborkittel über dem Hemd, Brille und Kippa auf dem Kopf. Er verweist auf den Einfluss der industriellen Fleischproduktion auf Natur und Klima: «Rind ist in Bezug auf die Umwelt das Thema, das am dringendsten ist.»

Derzeit brauche es 10 000 bis 15 000 Liter Wasser, um ein Kilogramm Rindfleisch zu produzieren - inklusive des Wassers, um die Saat für das Futter wachsen zu lassen, führt er aus. Außerdem gehe es darum, Tierleid in der Massenhaltung zu verringern.

Für das Laborfleisch werden einem Rind bestimmte Stammzellen entnommen, wie der Forscher erklärt. So heißen Zellen, die sich teilen und in verschiedene Richtungen weiterentwickeln können. In einer Nährlösung sollen sie sich so vermehren, dass innerhalb von letztlich drei, vier Wochen ein Stück Fleisch entsteht.

Toubia steht im Labor vor zwei weißen Quadern, die aussehen wie Kühlschränke. «Das sind unsere Kühe», sagt er und lacht. In diesen Inkuba-

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 42/2018 15. Oktober 2018 - FORSCHUNGSPOLITIK

toren stehen Petrischalen mit rötlichen Lösungen, in denen sich die Zellen befinden. «Wir reproduzieren außerhalb der Kuh die Bedingungen für die Zellen, um sich zu teilen und Gewebe unter kontrollierten Bedingungen herzustellen», sagt der Biologe. Dazu gehört bei dem Verfahren etwa die Körpertemperatur des Tieres.

2016 hat er sein kleines Unternehmen gegründet - gemeinsam mit der Strauss-Gruppe, einem israelischen Lebensmittelhersteller, sowie dem Forschungsinstitut Technion. Aktuell arbeiten zehn Menschen für das Start-up, vor allem Zellbiologen und Experten für Gewebezüchtung.

Ein Steak zu bauen ist schwierig

Toubias Firma ist eines von mehreren Start-ups weltweit, die sich mit dem Thema In-vitro-Fleisch beschäftigen. Bereits 2013 hatte der niederländische Forscher Mark Post die erste Frikadelle aus Stammzellen von Rindern in London präsentiert. «Der letzte Stand der Technik bei «Clean Meat» ist, eine Masse von Zellen zu züchten», sagt Toubia. Vorrangig Muskelfasern, aber auch Fett, um es zu mixen. Deswegen würden die meisten etwa auf Hamburger setzen. Also Hack.

«Wir konzentrieren uns dagegen darauf, ein komplexes Gewebe zu entwickeln, das viel mehr dem originalen Muskelgewebe gleicht.» Eben einem Steak. Dafür müssen sich unter anderem die Zellen in vier verschiedene Typen entwickeln. Ob das reicht, um «echt» zu schmecken? Schließlich spielt beim Geschmack von hochwertigem Fleisch auch eine Rolle, welche Rasse und Alter das Tier hatte, wie es gefüttert wurde, wie viel es sich bewegen konnte und vieles mehr.

«Es wird vermutlich zwei Jahre dauern, um die Entwicklung des Produkts abzuschließen.» In der zweiten Hälfte des Jahres 2021 würden sie die ersten, noch teuren Lieferungen an Restaurants planen. In sieben, acht Jahren werde der Preis mit herkömmlichem Fleisch vergleichbar sein, hofft er.

Supermeat setzt auf Hühner und Wiesenhof

Ido Savir und sein Start-up Supermeat - übersetzt Superfleisch - sitzen nur wenige Räume von Aleph Farms entfernt. Auch Supermeat hatte sich Ende 2015 mit der Idee gegründet, Fleisch zu züchten. Allerdings streben die Forscher das Herstellen von Fleischgewebe aus Hühner- und Entenzellen an. Daraus sollen später etwa Frikadellen, Würstchen, Chicken Nuggets und Salami entstehen.

«Wir glauben, dass uns dieser Ansatz erlauben wird, deutlich früher auf den Markt zu gehen», sagt Savir, kurze braune Haare, Drei-Tage-Bart, schwarzes Hemd. Hühnchen werde zudem beliebter bei Fleischfans.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 42/2018 15. Oktober 2018 - FORSCHUNGSPOLITIK

Der 40-Jährige ist zurückhaltend mit Einblicken ins Labor. Aber eines ist für den Veganer klar: Sein selbst gezüchtetes Fleischprodukt will er später auch essen.

Supermeat möchte in drei Jahren mit der Ware auf dem Markt sein - auch in Deutschland. Rund 3,4 Millionen Euro Kapital hat das Start-up bisher gesammelt. Anfang des Jahres hat das Mutterunternehmen des Geflügelzüchters Wiesenhof, die PHW-Gruppe, Anteile an der Firma erworben. Über ein eigenes Risikokapitalunternehmen hat auch die Familie Cordesmeier einen mittleren sechsstelligen Betrag investiert. Deren Unternehmen Hemelter Mühle produziert nahe der niederländischen Grenze Mehl.

Der Geflügelriese PHW investiere dabei nicht nur Geld in Supermeat. «Wiesenhof hilft uns bei der Forschung und Entwicklung», sagt Savir. Das Unternehmen bringe sein großes Wissen über Geflügelprodukte ein. «Das hilft uns, besser zu verstehen, was wir erreichen wollen.» Wie soll das Laborfleisch schmecken, wie soll die Konsistenz sein?

Proteine im Fokus

PHW geht es dabei um eine Vielfalt an Proteinquellen, also Eiweißen - jenseits von herkömmlichem Fleisch, wie Vorstandsmitglied Marcus Keitzer sagt. Vegane Produkte, pflanzenbasierter Fleischersatz, veganer Fischersatz - und irgendwann eben Fleisch aus der Retorte. «Wir wollen nicht schwarz-weiß sein», ergänzt Keitzer.

Frank Cordesmeier argumentiert mit dem massiven Bevölkerungswachstum weltweit - und dem steigenden Proteinbedarf. «Das Problem ist ganz einfach, dass unsere Welt die Rohstoffe nicht mehr so produzieren können wird, wie wir das im Moment tun», sagt Cordesmeier, Geschäftsführer des Risikokapitalunternehmens.

Derzeit würden Proteine nicht mehr nachhaltig hergestellt, wenn etwa in Brasilien Regenwälder abgeholzt würden, um Soja anzupflanzen, welches dann für die Futtermittelindustrie nach Europa gebracht werde. «Das ist wahnsinnig ineffizient», sagt Cordesmeier. Laborfleisch, oft Clean Meat genannt, sei eine mögliche Alternative, zumindest für Teile des Marktes.

Die Firma Supermeat gehöre zu den drei am weitesten fortgeschrittenen Start-ups in dem Bereich, schätzt Cordesmeier, der sich auch in dem weltweit tätigen Fachgremium Cellular Agriculture Society engagiert. «Wir sehen immer mehr Clean-Meat-Firmen, die sich etablieren», sagt der Bäcker und Lebensmitteltechnologe. «Aber die Hochburgen sind ganz klar Holland, Israel und San Francisco.»

Auch Anne Mottet, Tierhaltungsentwicklerin bei den Vereinten Nationen, sagt: Der weltweite Fleischverbrauch wird in den kommenden Jahren weiter klettern.

Deutscher Fleischverbrauch sinkt

In Deutschland gibt es beim Verbrauch eine leichte Gegenbewegung. Obwohl Fleisch nach wie vor zu einem der beliebtesten Nahrungsmittel gehört, aß der Durchschnittsbürger zuletzt weniger davon: 2017 fiel der Verzehr nach Angaben des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft unter die Marke von 60 Kilogramm. Der Rückgang kommt vor allem durch eine deutliche Abnahme beim Spitzenreiter Schweinefleisch (rund 36 Kilo), während Geflügel (rund 12) und das oft teure Rind (10) zulegen.

Die Zurückhaltung der Deutschen beim Fleisch entspricht dem Trend in Europa, wie Mottet sagt. Es gebe dort reichlich Aufklärung, dass zu viel fettes Fleisch nicht gesund sei - und Informationen über Umwelteinflüsse der Produktion. «Die Menschen denken sich, ich muss heute nicht schon wieder ein Steak essen», sagt Mottet.

Silvia Woll vom Karlsruher Forschungsinstitut KIT sieht durchaus Offenheit für Retorten-Fleisch bei deutschen Verbrauchern - bei Vegetariern, Veganern und Fleischessern. Aber: «Das In-vitro-Fleisch könnte so gesund und billig sein, wie es will, wenn es nicht nach Fleisch schmeckt, wird es nicht gekauft», sagt die Philosophin mit Schwerpunkt Technikethik.

Massenproduktion könnte viel Energie brauchen

Fachfrau Woll sieht die Zukunftschancen für eine industrielle Großproduktion von Laborfleisch in absehbarer Zeit eher zurückhaltend. «Ganz viele Fragen zu In-vitro-Fleisch kann man im Moment noch nicht beantworten, die Technologie dafür steckt noch in den Kinderschuhen», urteilt sie. «Es könnte durchaus passieren, dass das nie auf den Markt kommen wird, weil es nie im großen Maßstab hergestellt werden wird.»

Unklar sei etwa, inwiefern die Massenproduktion von Laborfleisch wirklich so viel umweltfreundlicher wäre. So könnten große Inkubatoren - also Brut-schränke - sehr viel Energie verbrauchen.

Firmengründer Didier Toubia steht im weißen Kittel und Handschuhen neben seinen weißen Labor-«Kühen». Sein künftiger Traumkunde ist Flexitari-er, so wie er - Fleischesser in Maßen, umweltbewusst. Von der künftigen Nachfrage gibt er sich überzeugt. Und bleibt doch pragmatisch: «Ich denke nicht, dass herkömmlich produziertes Fleisch in naher Zukunft komplett verschwinden wird.»

Stefanie Järkel (Nes Ziona)

Internet

- Aleph Farms <http://dpaq.de/794Ke>
- Supermeat <http://dpaq.de/mxKL2>
- Cellular Agriculture Society <http://dpaq.de/6hbFe>
- Hemelter Mühle <http://dpaq.de/eOpg5>
- Wiesenhof <http://dpaq.de/g4CKa>
- PHW-Gruppe <http://dpaq.de/bl5cO>
- Silvia Woll am KIT <http://dpaq.de/xVRLN>
- Technion <http://dpaq.de/nXx4s>
- Fleischverbrauch weltweit <http://dpaq.de/TYF5r>
- Ernährungsorganisation der UN <http://dpaq.de/ibQ5E> Ernährungsreport <http://dpaq.de/V5NvB>
- Peta zu Clean Meat <http://dpaq.de/SOAqg>
- Wiss. Dienst zu In-vitro-Fleisch <http://dpaq.de/2pHUl>

«Weckruf» des Weltklimarats

Incheon/Berlin (dpa) - Missernten, Dürren, steigende Meeresspiegel: Die Begrenzung des Klimawandels und seiner Folgen wird zu einem Wettlauf gegen die Zeit. Der Weltklimarat der Vereinten Nationen fordert in einem Sonderbericht rasches Handeln in allen Bereichen, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Zwar seien die Folgen für die Weltbevölkerung dann immer noch dramatisch. Eine Erwärmung um zwei Grad würde die Lebensgrundlagen für Hunderte Millionen Menschen aber noch viel stärker bedrohen, warnen die Experten.

Im Pariser Klimaabkommen hat die Weltgemeinschaft sich darauf verständigt, den Klimawandel bei «deutlich unter zwei Grad» zu bremsen, möglichst aber schon bei 1,5 Grad. Wissenschaftler wurden beauftragt, auszuarbeiten, ob und wie das machbar ist. In der Nacht zum 5. Oktober legten sie ihre Ergebnisse in Südkorea vor.

Klimarat: Rasche, beispiellose Veränderungen erforderlich

«Die globale Erwärmung auf 1,5-Grad zu begrenzen, erfordert rasche, weitreichende und beispiellose Veränderungen in sämtlichen Bereichen der Gesellschaft», erklärte der Klimarat IPCC im Anschluss an eine mehrtägige Sitzung in der Küstenstadt Incheon. Es gehe um Energie, Industrie, Gebäude, Transport, Landnutzung und Städtebau. Der globale Ausstoß von Kohlendioxid (CO₂) und anderen Klimagasen müsste nach dem IPCC-Bericht für das 1,5-Grad-Ziel von 2010 bis 2030 um 45 Prozent fallen und im Jahr 2050 netto bei Null liegen.

Das 1,5-Grad-Ziel bezieht sich nicht auf die derzeitige Temperatur, sondern auf die vor der Industrialisierung - denn seitdem hat die Erde sich bereits um etwa ein Grad erwärmt. Es bleiben also nur 0,5 Grad. «Eine der Kern-

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 42/2018 15. Oktober 2018 - FORSCHUNGSPOLITIK

aussagen des Berichts ist: Wir sehen derzeit bereits die Konsequenzen von einem Grad Erderwärmung wie mehr Extremwetter, steigende Meeresspiegel, schwindendes arktisches Meereis und andere Veränderungen», sagte der Co-Vorsitzende einer IPCC-Arbeitsgruppe, Panmao Zhai.

Einig sind sich die meisten Forscher, dass die Welt ohne zusätzliche Anstrengungen sogar auf drei bis vier Grad Erwärmung zusteuert. Das Pariser Klimaabkommen sieht vor, dass die Staaten ihre Ziele regelmäßig nachschärfen. Regeln dafür sollen auf der nächsten UN-Klimakonferenz im Dezember im polnischen Kattowitz beschlossen werden.

Nach dem neuen Bericht können die Menschen möglicherweise etwas mehr CO₂ ausstoßen als bisher angenommen, um dennoch das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen. Für den Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, Ottmar Edenhofer, ist das kein Grund zur Entspannung. «Gegenüber früheren Abschätzungen des IPCC haben wir höchstens einen Zeitgewinn von sieben Jahren.» Der sei aber «schon längst verfrühstückt» angesichts der geplanten und existierenden Kohlekraftwerke, die oft noch Jahrzehnte CO₂ ausstießen.

Große Unterschiede zwischen 1,5 und 2 Grad

Der IPCC-Bericht macht deutlich, dass es große Unterschiede zwischen einer Erwärmung von 1,5 und einer von 2 Grad gibt:

- Die Begrenzung auf 1,5 Grad könnte die Zahl der Menschen, «die klimabedingten Risiken ausgesetzt und anfällig für Armut sind, bis 2050 um mehrere Hundert Millionen» verringern.
- Bei 1,5 Grad werden Ernteeinbußen bei Mais, Reis, Weizen und womöglich weiteren Getreidearten geringer ausfallen.
- Der Meeresspiegel wird bei 1,5 Grad bis zum Jahr 2100 um 10 Zentimeter weniger klettern als bei 2 Grad.
- Einen eisfreien Arktischen Ozean im Sommer gibt es wohl einmal pro Jahrhundert, bei 2 Grad vermutlich «mindestens einmal pro Jahrzehnt».
- Etwa 70 bis 90 Prozent der Korallenriffe würden bei 1,5 Grad verschwinden. «Mit 2 Grad wären praktisch alle verloren.»
- Bei 2 Grad könnten deutlich weniger Fische gefangen werden.
- Das Risiko für große Systemumbrüche, etwa das Abschmelzen des Grönlandeises, erhöht sich bei 2 Grad.

Dirk Godder (Seoul) und Teresa Dapp (Berlin)

Internet

- IPCC <http://dpaq.de/zun2k>
- Climate Action Tracker <http://dpaq.de/u4CV2>

- Übereinkommen von Paris <http://dpaq.de/n2r3B>
- IPCC-Report und -Mitteilung <http://dpaq.de/MmEFb>

Kohlendioxid aus der Luft ziehen

Berlin (dpa) - Falls der Mensch den Kohlendioxid-Ausstoß nicht schnell genug senkt, hoffen einige Experten auf andere Mittel zum Klimaschutz. Die meisten Techniken sind jedoch nicht im großen Maßstab erprobt, umstritten und bergen hohe Risiken. Der Weltklimarat ist in seinem neuen Report bei vielen zurückhaltend.

AUFFORSTUNG: Pflanzen ziehen CO₂ aus der Luft. Einige IPCC-Szenarien rechnen daher mit Aufforstung oder der Wiederherstellung natürlicher Ökosysteme. Wälder hätten auch Vorteile für Biodiversität, Bodenqualität und lokale Ernährungssicherheit, sagte die Referentin für Internationale Klimapolitik bei der Heinrich-Böll-Stiftung, Linda Schneider. Allerdings nimmt ein Wald, ist er einmal gewachsen, kaum noch zusätzliches CO₂ auf. Effektiv ist es, keine Wälder mehr zu zerstören.

NUTZUNG VON PFLANZENRESTEN: Erprobt wird derzeit der Anbau und das Verbrennen von Pflanzen. Das entstehende CO₂ müsste dann in tiefen Lagern gespeichert werden. Die Technik nennt sich Bioenergie mit CO₂-Abscheidung und Speichern im Boden (Bioenergy with Carbon Capture and Storage, BECCS). Sie braucht Ackerfläche und möglicherweise Dünger. Denkbar ist die Verwertung von Abfällen etwa aus Forstwirtschaft und Haushalt, was aber nur kleine CO₂-Mengen entzieht.

BÖDEN: Ebenfalls erforscht werden Techniken, um die CO₂-Aufnahmefähigkeit von Böden zu fördern - etwa durch Einbringen von teilverbrannten Pflanzen oder Mineralien, die CO₂ binden.

GEOENGINEERING: Dabei könnten zum Beispiel Teilchen in die Luft geblasen werden, die Sonnenlicht zurückstrahlen und so die Erdtemperatur senken. Bei solchen Techniken gibt es laut IPCC «große Unsicherheiten, Wissenslücken und erhebliche Risiken». Er bezog sie daher gar nicht in den Report ein. Sie würden zudem die Ozeanversauerung nicht aufhalten.

ALGENDÜNGUNG: Algen nehmen beim Wachsen ebenfalls CO₂ auf. Die Düngung mit Eisen ist aber ein großer Eingriff in ein Ökosystem und noch unzureichend erprobt.

Internet

- Zusammenfassung IPCC-Report <http://dpaq.de/n0laU>

HOCHSCHULE

Vatikan will Jesuitenpater nicht als Rektor

Frankfurt/Main (dpa) - Wegen liberaler Äußerungen zu Homosexualität und Frauen in der Kirche will der Vatikan den Rektor einer katholischen Hochschule in Frankfurt aus dem Amt drängen. Dem Jesuitenpater Ansgar Wucherpfennig sei die Unbedenklichkeitserklärung aus Rom verweigert worden, sagte eine Sprecherin der Deutschen Provinz der Jesuiten in München am 8. Oktober. Der Vatikan fordere zudem einen Widerruf. Zuerst hatten die «Frankfurter Rundschau» und der «Kölner Stadt-Anzeiger» darüber berichtet. Vom Vatikan war zunächst keine Stellungnahme zu bekommen.

Wucherpfennig hatte 2016 in einem Interview mit der «Frankfurter Neuen Presse» gesagt, zum Thema Homosexualität gebe es «missverständlich formulierte Stellen in der Bibel». «Homosexuelle Beziehungen in der Antike waren starke Abhängigkeits- und Unterwürfigkeitsverhältnisse. Liebe sollte eine egalitäre, freie Beziehung sein, keine mit Gefälle. Das wollte Paulus eigentlich sagen, so meine These.»

Wucherpfennig wurde 1997 zum Priester geweiht

Über Frauen in der Kirche sagte er: «Wenn Papst Franziskus die Kirche dazu aufgefordert hat, über das Diakonat der Frau nachzudenken, ist das noch zu kurz gegriffen. Ist es richtig, dass das Sakrament der Beichte, also die Versöhnung mit Gott, nur Männer spenden können? Das schränkt die Gesprächsmöglichkeiten zur Versöhnung massiv ein. Da habe ich ernsthafte Fragen.»

Der 1965 in Hannover geborene Pater ist seit 1991 Mitglied des Jesuitenordens und wurde 1997 zum Priester geweiht. Seit 2008 hat er den Lehrstuhl für Exegese des Neuen Testaments in Sankt Georgen inne, seit 2014 war er dort Rektor. Sankt Georgen ist eine staatlich anerkannte, private Hochschule mit Priesterseminar, die vom Jesuitenorden getragen wird.

Der Provinzial der Jesuiten in Deutschland, Johannes Siebner, steht nach eigenen Worten «uneingeschränkt» zu Wucherpfennig. Es gebe «nicht den geringsten Zweifel an seiner Eignung». Er könne sich eigentlich nur vorstellen, «dass es sich da um ein Missverständnis handelt. Ansonsten wäre es ein empörender Vorgang.» Grund für das Ausbleiben des «Nihil obstat» («Nichts steht dagegen») aus Rom sei «die Auffassung der Glaubenskongregation, dass öffentliche Äußerungen von Pater Wucherpfennig im Oktober 2016 nicht mit der Lehre der Kirche übereinstimmen.»

Der Vorgang sei noch nicht abgeschlossen, sagte die Sprecherin der deutschen Jesuiten. Wucherpfennig habe auf den Brief aus Rom mit einer

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 42/2018 15. Oktober 2018 - HOCHSCHULE

schriftlichen Stellungnahme geantwortet. Einen Widerruf lehne er aber ab. Eine Antwort aus Rom habe man bisher nicht erhalten.

Auch der Limburger Bischof Georg Bätzing hat «uneingeschränktes Vertrauen» in den Pater, wie Bistumssprecher Stephan Schnelle sagte. Er schätze ihn sehr als Theologen, Priester und Wissenschaftler. Die Äußerungen in dem Interview seien theologisch fundiert und belegt. Wucherpfennig sei «ein zeitgenössischer Theologe, der etwas zu sagen hat - und das schätzt der Bischof sehr.» Das Bistum warte jetzt die Antwort aus Rom auf die Stellungnahme des Paters ab. Man hoffe, dass das Semester am 15. Oktober unter bewährter Leitung beginnen könne.

Der katholische Stadtdekan von Frankfurt, Johannes zu Eltz, sprach von einer «Selbstschädigung der römischen Behörden». Der Vorgang sei «ein intransparentes und vielleicht auch illegitimes Handeln, das dem Denunziantentum Tür und Tor öffnet», sagte er der Deutschen Presse-Agentur - eine «Dummheit», gerade in der aktuellen Stimmungslage nach Bekanntwerden der Missbrauchsfälle.

«Mit großer Empörung» reagierte die Bewegung «Wir sind Kirche». Die Bildungskongregation versuche, «ihre reaktionären Vorstellungen mit autoritären Methoden durchzudrücken». Das sei gerade «angesichts des enormen Glaubwürdigkeitsverlustes der römisch-katholischen Kirche» nicht tolerierbar. Bischof Bätzing und die gesamte Bischofskonferenz müsse gegen die Entscheidung Einspruch erheben - am besten bei Papst Franziskus persönlich.

Jorge Mario Bergoglio, der spätere Papst Franziskus, war 1985 selbst in Sankt Georgen. Er wohnte in einem der Gästezimmer und recherchierte für seine Doktorarbeit. Zum 90-jährigen Bestehen der Hochschule sandte er «dieser ehrwürdigen Studieneinrichtung» Glückwünsche: «Gerne erinnere ich mich an die Zeit, die ich selbst dort verbracht habe.»

Sandra Trauner (Frankfurt/Main) und Annette Reuther (Rom)

Internet

- Hochschule St. Georgen <http://dpaq.de/zFbpY>
- Jesuitenorden <http://dpaq.de/hYx4a>
- Glückwunschs Schreiben des Papstes <http://dpaq.de/DJX8I>

Goethe-Institut startet Digital-Uni

Berlin (dpa) - Das Goethe-Institut startet in diesem Herbst eine Internet-Universität, um den internationalen Dialog zu stärken und Konflikten entgegenzutreten. An dem digitalen Projekt sind neun Hochschulen aus Deutschland, Österreich, Russland, Georgien und der Ukraine beteiligt, wie

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 42/2018 15. Oktober 2018 - HOCHSCHULE

das weltweit tätige Kulturinstitut am 10. Oktober mitteilte. Man habe sich bewusst für Länder entschieden, deren Beziehungen wegen politischer Spannungen immer schlechter geworden seien.

Klaus-Dieter Lehmann, Präsident des Goethe-Instituts, erklärte zum Auftakt des Projekts, die Netzwerk-Uni solle mit Weltoffenheit, Verantwortung und kultureller Vielfalt einen Gegenentwurf zu nationalistischen Tendenzen bilden. Außerdem gehe es darum, Vorurteilen und sogenannten alternativen Fakten wissenschaftliche Erkenntnisse entgegenzusetzen.

Vom Wintersemester an können Studenten der teilnehmenden Hochschulen Internet-Kurse zu Themen wie Konfliktprävention, Friedensforschung und nachhaltige Entwicklung belegen. Beteiligt sind neben den deutschen Universitäten Bremen, Bochum und Frankfurt (Oder) die drei russischen Unis in Kasan, Tjumen und Moskau, Tbilissi in Georgien, Mariupol in der Ukraine und die Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik in Wien.

Internet

- Infos des Goethe-Instituts <http://dpaq.de/B5RBk>

R.-P.: Hochschulpakt schnell verlängern

Mainz (dpa) - Der rheinland-pfälzische Wissenschaftsminister Konrad Wolf (SPD) dringt auf Tempo bei der Verlängerung des Hochschulpaktes von Bund und Ländern über das Jahr 2020 hinaus. «Das oberste Ziel in Deutschland ist es, den Hochschulpakt zu verstetigen. Da muss der Bund jetzt liefern», sagte Wolf der Deutschen Presse-Agentur in Mainz. «Wir warten seit weit über einem Jahr.» Erst habe es geheißen, es tue sich etwas nach der Bundestagswahl, dann habe es eine sehr lange Regierungsbildung gegeben. Mittlerweile dränge die Zeit.

Es gebe zwar bei Bund und Ländern den Konsens, dass es mit dem Pakt weitergehen müsse. «Letztendlich wirkt es aber erst, wenn wir die Bund-Länder-Vereinbarung haben», sagte Wolf. «Es ist dramatisch wichtig für die Hochschulen, dass wir innerhalb des Zeitplans zu einer Einigung kommen - und der Zeitplan sagt Frühjahr 2019.»

Der Bund stellt für neue Plätze an den Hochschulen 20,2 Milliarden Euro über die bisherige Laufzeit des Hochschulpaktes von 2007 bis 2023 bereit, die Länder geben 18,3 Milliarden Euro. Würde der Pakt über das Jahr 2020 hinaus nicht verlängert, würden damit ab 2021 keine neuen Studienanfänger mehr gefördert.

So viele Studenten wie noch nie in Bayern

München (dpa) - Neue Studiengänge und mehr Studienmöglichkeiten im ländlichen Raum haben zu einem Studentenrekord im Freistaat geführt: Im neuen Wintersemester sind 394 000 Studenten an den Universitäten und Hochschulen Bayerns eingeschrieben - so viele wie noch nie. Nach Angaben des Wissenschaftsministeriums stieg die Zahl der Studenten im Vergleich zu 2017 um 1,4 Prozent. Die Zahl der Erstsemester im Studienjahr 2018 liegt mit rund 77 000 auf dem hohen Vorjahresniveau. Rund zwei Drittel studieren an einer Universität, etwa ein Drittel besucht eine Hochschule.

«Der quantitative Rekord bei den Studierendenzahlen ist der Beweis dafür, dass unsere wissenschaftspolitischen Strategien in Bayern aufgehen», sagte Wissenschaftsministerin Marion Kiechle (CSU) am 8. Oktober in München. Neue innovative Studiengänge wie der Bachelorstudiengang «Medizinische Informatik» an der Uni Augsburg hätten ebenso zu der hohen Zahl geführt wie der Ausbau von Hochschulen in der Fläche. «Die Universitäten werden nahbar», sagte Kiechle. Von jedem Ort im Freistaat aus liege die nächste Hochschule in weniger als 50 Kilometern Entfernung.

Internet

- PM <http://dpaq.de/iYnZY>

Weimarer Uni vor Bauhaus-Jubiläum

Weimar (dpa) - Fast 100 Jahre nach der Gründung des Staatlichen Bauhauses macht sich die gleichnamige Universität in Weimar auf zu neuen Ufern. Bauhaus-Semester, Jubiläumsfest, Studenten-Projekte, Tagungen, Ausstellungen: «Das Bauhausjubiläum ist eine Art Neustart für uns», sagte der Präsident der Bauhaus-Universität Winfried Speitkamp der Deutschen Presse-Agentur. Die Fragen «Was sind wir und was wollen wir?» stünden im Fokus des Programms mit mehr als 80 Veranstaltungen. Den Auftakt bildet am 17. Oktober das Eröffnungsfest für das Bauhaus-Semester.

Im April 1919 gründete der Architekt Walter Gropius im heutigen Haupthaus der Universität das Staatliche Bauhaus Weimar, das sich zur bedeutendsten Design- und Kunstschule des 20. Jahrhunderts entwickelte. Seit 1996 trägt ein Nachfolger den Namen Bauhaus-Universität.

Internet

- Info Bauhaus-Jubiläum <http://dpaq.de/5jnAv>

Fächerangebot überfordert Studienanfänger

Hamburg (dpa) - Studienbewerber stehen vor einem riesigen Fächerangebot, das sie nach Beobachtung der Hochschulen zunehmend überfordert. Fast 20 000 verschiedene Studiengänge gebe es mittlerweile an den deutschen Unis und Hochschulen - das seien vor allem für Anfänger entschieden zu viele, sagt die Leiterin des Präsidialbereichs der Universität Hamburg, Ariane Neumann. Das breite Angebot sei kaum durchschaubar und fachlich nicht immer sinnvoll.

Auch die Suche nach einem Job ist mit einem Spezialabschluss nicht immer einfach. «Für Absolventen hochspezialisierter Bachelor- oder Master-Studiengänge ist es unserer Erfahrung nach schwerer, eine Stelle nach dem Studium zu finden», sagt die Unifachfrau. Auch der Wissenschaftsrat, ein Beratungsgremium der deutschen Hochschulen, habe die kritische Durchsicht der hohen Zahl an Studiengängen empfohlen.

Vor allem bei den Bachelor-Studiengängen sei die Vielzahl der Angebote kaum nachzuvollziehen, denn ein Grundstudium müsse breites Basiswissen und keine Spezialisierungen vermitteln, kritisiert Neumann.

Internet

- Statistik zu Studiengängen <http://dpaq.de/dfoxo>

Bund zahlt TU Dresden Geld für Lehrerbildung

Dresden (dpa) - Die Technische Universität Dresden erhält weiter Geld vom Bund für die Verbesserung der Lehrerausbildung. Zwischen 2019 und 2023 fließen dafür zusätzlich rund 6,2 Millionen Euro, wie die Universität am 8. Oktober mitteilte. Mit dieser Fördersumme stehe die Lehrerbildung an der TU Dresden auf Platz sieben in Deutschland und auf Platz eins in Ostdeutschland. Insgesamt werden den Angaben zufolge 48 Projekte an bundesdeutschen Universitäten gefördert.

«Gerade vor dem Hintergrund stark gestiegener Studierendenzahlen ist es von großer Bedeutung, auch künftig in die forschungsbasierte qualitative Weiterentwicklung der Lehramtsstudiengänge zu investieren», sagte TU-Rektor Hans Müller-Steinhagen. Bund und Länder hatten 2013 eine «Qualitätsoffensive Lehrerbildung» für zehn Jahre beschlossen. Seit 2015 werden dafür Projekte gefördert. Der Bund stellt bis zu 500 Millionen Euro bereit.

Internet

- PM Wissenschaftskonferenz <http://dpaq.de/oLrwe>
- Projekt der TU Dresden <http://dpaq.de/xu6HD>
- Infos des Bildungsministeriums <http://dpaq.de/eo55F>

Uni Mainz mit Israel-Professur

Mainz (dpa) - Mit einer neu geschaffenen Professur will die Johannes-Gutenberg-Universität Mainz die Erforschung der politischen Kommunikation in Israel und Deutschland vorantreiben. Diese Israel-Professur im Fach Publizistik übernimmt als erster Wissenschaftler der 36-jährige Yossi David von der Hebräischen Universität in Jerusalem, wie die Hochschule am 9. Oktober in Mainz mitteilte.

Die rheinland-pfälzische Landesregierung wolle mit der Professur «einen sichtbaren Beitrag zur Verstärkung der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Themenbereich Israel leisten sowie die Voraussetzung schaffen, um Kenntnisse übereinander zu vermitteln», erklärte die Universität. Dabei soll die gegenseitige Wahrnehmung beider Gesellschaften ebenso in den Blick genommen werden wie die Medienberichterstattung und öffentliche Meinung in beiden Ländern.

Die «Israel Professorship in Communication Science» führt David mit Beginn des neuen Semesters für drei Jahre nach Mainz. Der Wissenschaftler hat sich in seinen bisherigen Arbeiten vor allem mit der öffentlichen Meinung zum Nahost-Konflikt in der israelischen Gesellschaft beschäftigt. In Mainz, so teilte die Hochschule mit, wolle er daran anknüpfen und «die Sichtweisen in der israelischen Gesellschaft denen in der deutschen Gesellschaft gegenüberstellen».

BaWü will Unis für Exzellenztitel helfen

Stuttgart (dpa) - Die grün-schwarze Landesregierung will sechs Südwest-Unis in ihrem Wettbewerb um den Exzellenztitel unterstützen. «Wir tun alles dafür, dass unsere Universitäten, die jetzt am Start sind, gut abschneiden», sagte Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) am 9. Oktober in Stuttgart. Das Land wolle den Hochschulen mit Beratungen und auch mit Geld in der Phase der Antragstellung zur Seite stehen. Den Titel «Exzellenzuniversität» zu erringen, sei nicht leicht, sagte Bauer. «Das Feld der Starken ist dicht und eng.» Die baden-württembergischen Unis könnten es aber bis zum Titel schaffen.

Sechs Landesuniversitäten haben im kommenden Sommer die Chance, Exzellenzuni zu werden und damit eine besondere finanzielle Förderung des Bundes zu erhalten. Fast ein Drittel der Unis, die sich bundesweit bewerben können, sind damit in Baden-Württemberg. «Das ist das Ergebnis einer konsequenten und an Exzellenz orientierten Forschungspolitik», sagte Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne). Die Universitäten können sich bis zum 10. Dezember für die Auszeichnung und die entsprechenden Fördergelder bewerben.

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 42/2018 15. Oktober 2018 - HOCHSCHULE

Zuvor hatten die sechs Universitäten im September die Vorstufe genommen, indem mindestens zwei ihrer Forschungsnetzwerke ausgezeichnet wurden. Erfolgreich waren die Universitäten Freiburg, Heidelberg, Konstanz, Stuttgart und das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) mit je zwei ausgezeichneten Clustern (Netzwerke). Bei der Tübinger Uni wurden sogar drei Netzwerke ausgezeichnet. Bund und Länder stellen für die Exzellenzstrategie von diesem Jahr an jährlich 533 Millionen Euro zur Verfügung.

Internet

- Zeitplan der Exzellenzstrategie <http://dpaq.de/rs0Xp>

Jeder vierte Student stark gestresst

Berlin (dpa) - Jeder vierte Student in Deutschland fühlt sich einer Studie zufolge stark gestresst. Fast gleich hoch ist der Anteil derjenigen, die von Erschöpfung berichten. Das sind erste Ergebnisse der «Studie zur Gesundheit Studierender in Deutschland», die der Deutschen Presse-Agentur vorliegen. Die Untersuchung ist eine Kooperation des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW), der FU Berlin und der Techniker Krankenkasse (TK).

Insbesondere bei Studentinnen ist die psychische Belastung den Angaben zufolge hoch: Jede Fünfte habe Symptome einer generalisierten Angststörung aufgewiesen - die Frauen berichteten von häufiger Nervosität, Ängstlichkeit oder Anspannung sowie einem Mangel an Kontrolle über die eigenen Sorgen. Jede sechste Studentin zeigte Anzeichen eines depressiven Syndroms, habe sich also oft niedergeschlagen, schwermütig oder hoffnungslos gefühlt und Interesse und Freude verloren.

Mögliche Ursachen seien etwa Orientierungslosigkeit und Überforderung durch den Beginn eines neuen Lebensabschnitts, aber auch Prüfungsdruck und Zukunftsängste, erklärte einer der Studienleiter, Burkhard Gusy. Für die Studie waren im Sommer 2017 knapp 6200 Studenten online zu ihrer Gesundheit und ihrem Gesundheitsverhalten befragt worden. Laut TK gibt es damit erstmals bundesweite Daten zur gesundheitlichen Situation Studierender in Deutschland.

Kulmbach - sieben Studiengänge geplant

Kulmbach (dpa) - Die neue Fakultät der Universität Bayreuth im oberfränkischen Kulmbach soll sieben Studiengänge anbieten. Der Lehrbetrieb werde planmäßig im Oktober 2020 mit zunächst zwei Studiengängen beginnen, sagte eine Sprecherin der Universität am 11. Oktober. Der erste Bachelorstudiengang heißt «Lebensmittel- und Gesundheitswissenschaft-

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 42/2018 15. Oktober 2018 - HOCHSCHULE

ten», der erste Masterstudiengang «Food Quality and Safety» (Lebensmittelqualität und -sicherheit). Das Programm wird in den anschließenden fünf Jahren ausgebaut.

Die Staatsregierung hatte das Konzept der Universität für den neuen Campus in Kulmbach im Juli befürwortet und 136 Millionen Euro für die ersten Jahre zugesagt. 1000 Menschen sollen dort mit den Schwerpunkten Ernährung und Gesundheit studieren; etwa 22 Professuren sind geplant. Mitarbeiter der Universität entwickeln nach Angaben der Sprecherin derzeit die ersten beiden Studiengänge und bereiten die Ausschreibungen der ersten zehn Professuren vor.

Wer den Neubau gestalten darf, wird in einem Architektenwettbewerb ermittelt. Die Uni plant den Bau auf dem Gelände des Güterbahnhofs, jetzt müssen sich die Eigentümer noch einigen. Die Stadt hat nach Angaben von Oberbürgermeister Henry Schramm (CSU) bisher zwei Studentenwohnheime genehmigt und neue Baugebiete ausgewiesen. In einer leerstehenden Spinnerei sollen in der Übergangszeit Lehrveranstaltungen stattfinden.

Es herrsche Aufbruchsstimmung in der künftigen Universitätsstadt, sagte Schramm: «Für uns ist das eine Riesensache, weil dadurch junge Menschen in die Stadt kommen.» Oberfranken müsse mit dem Problem des Bevölkerungsrückgangs leben. Jetzt werde sich mit dem Zuzug von Studenten und Lehrkräften mit ihren Familien viel verändern.

Internet

- Infos der Uni Bayreuth zum Campus <http://dpaq.de/p8oPu>

Neuer Journalismus-Master an Uni Leipzig

Leipzig (dpa) - Nach einer einjährigen Reformpause beginnt die Universität Leipzig in diesem Wintersemester wieder mit der Journalistenausbildung. Für den dreijährigen Masterstudiengang seien 24 Studenten immatrikuliert worden, teilte die Hochschule mit. Es habe 101 Bewerbungen gegeben. Die Universität hatte ihrer traditionsreichen Journalistenausbildung nach internen Querelen 2017 eine einjährige Zwangspause verordnet. Der alte Master hatte zuletzt immer weniger Bewerber angezogen. Eine Kommission erarbeitete daraufhin ein neues Konzept für den Journalismus-Master. Er kann im Anschluss an sämtliche Bachelor-Studiengänge belegt werden.

Internet

- Infos zum Journalismus-Master <http://dpaq.de/f7lvN>

SCHULE

Sachsen zahlt angestellten Lehrern Zulage

Dresden (dpa) - Sachsen zahlt vielen angestellten Lehrern ab 2019 eine monatliche Zulage von 170 Euro (E 13 plus). In deren Genuss kommen all jene Pädagogen, die in die Gehaltsstufe E 13 eingruppiert sind oder diese perspektivisch erreichen, wie Kultusminister Christian Piwarz (CDU) am 5. Oktober mitteilte. Den Freistaat kostet die Regelung im kommenden Jahr 30,1 Millionen Euro und im Jahr darauf 37,3 Millionen Euro. Hinzu kommen pro Jahr je 5 Millionen Euro für Leistungsprämien. Außerdem gibt es künftig mehr Lehrer mit der Gehaltsstufe 14.

Die Vereinbarung gehört zu einem 1,7 Milliarden Euro schweren Handlungsprogramm, mit dem Sachsen in den kommenden Jahren den Mangel an Lehrern in den Griff bekommen will. Zentraler Punkt ist dabei die Verbeamtung von Pädagogen, die im Freistaat 2019 erstmals erfolgt. Sie gilt aber nur für Frauen und Männer, die das 42. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Deshalb gab es wiederholt Forderungen, die Generation «Ü 42» finanziell besser auszustatten. Kritiker sahen Ungerechtigkeiten in den Lehrerzimmern programmiert. SPD-Fraktionschef Dirk Panter stellte klar, dass die Zulagen die Verbeamtung nicht gerechter machten. Sie seien kein Ausgleich für die anderen, sondern Ausdruck einer Wertschätzung.

Echo der Gewerkschaften verhaltener

Bei den Gewerkschaften und der Opposition im Landtag fiel das Echo auf die Regelung verhaltener aus. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und der Sächsische Lehrerverband sahen zwar einen Schritt in die richtige Richtung. Die GEW bemängelte aber die Höhe der Zulage. Sie werde eher als Symbol und weniger als tatsächliche Wertschätzung wahrgenommen, erklärte GEW-Chefin Uschi Kruse.

«Die Netto-Lücke zu den Beamten kann mit so einem Betrag nicht geschlossen werden. Hier wären strukturelle Maßnahmen besser gewesen», sagte Jens Weichelt, Vorsitzender des Sächsischen Lehrerverbandes. Das müsse letztlich an den Tarif-Tischen geregelt werden.

Linke-Politikerin Cornelia Falken warf den Koalitionsfraktionen von CDU und SPD vor, «mit viel Geld noch mehr schlechte Laune in der Lehrerschaft» zu erzeugen. «170 Euro brutto pro Monat als Ausgleich für eine ausbleibende Verbeamtung sind lächerlich, wenn man bedenkt, dass die betroffenen Lehrkräfte über 42 seit vielen Jahren das Schulwesen am Laufen halten.»

Die Grünen sprachen von einem «mageren Ergebnis». «Dafür sollte niemand in der Koalition Schulterklopfen erwarten», betonte die Abgeordnete

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 42/2018 15. Oktober 2018 - SCHULE

Petra Zais. Sie zeigte sich enttäuscht, dass die Altersgrenze für die Verbeamtung nicht auf 47 Jahre hochgesetzt wurde.

Laut Kultusministerium liegen 5117 Anträge für eine Verbeamtung von Lehrern vor. Damit ist der Zuspruch größer als zunächst gedacht.

Kommunen fordern Schul-Sanierungen in S.-H.

Kiel (dpa) - Die Anstrengungen des Landes für die Sanierung von Schulen in Schleswig-Holstein reichen aus Sicht der Kommunen noch nicht aus. Die kommunalen Landesverbände forderten am 8. Oktober einen Masterplan für einen kurzfristigen Abbau des Investitions- und Sanierungsstaus. Im bisherigen Programm zur Förderung von Neubauten und Sanierungen seien viele Antragsteller nicht zum Zuge gekommen, sagte der Geschäftsführer des Gemeindetages, Jörg Bülow. Der Bedarf sei deutlich höher. «Wir brauchen deshalb eine klare Perspektive, wie es mit der Schulbauförderung über die beiden jetzt vorliegenden Programme hinaus weitergehen wird.»

Nach bisherigem Stand gibt es für 67 Maßnahmen 99,7 Millionen Euro vom Bund und vom Land für 39 Vorhaben 39 Millionen Euro. «Der Bund wird damit seiner gesamtstaatlichen Verantwortung gerecht», sagte Städteverband-Geschäftsführer Marc Ziertmann. Für den Landkreistag forderte Geschäftsführer Sönke Schulz, den Sanierungs- und Investitionsstau möglichst flächendeckend und zügig aufzulösen.

Neben der baulichen Sanierung müssten auch die Herausforderungen der Digitalisierung gemeistert werden, betonten die Kommunalverbände. Hierfür sei das Land in der Pflicht, die Kommunen finanziell ausreichend auszustatten. In der Vergangenheit sei das nicht der Fall gewesen.

Linke in Meck.-V.: Regierung hält Studie zurück

Schwerin (dpa) - Bildungsministerin Birgit Hesse (SPD) steht wegen eines Gutachtens zur hohen Abbruchquote im Lehramtsstudium in Mecklenburg-Vorpommern unter Beschuss der Opposition. Die Untersuchung «Studien-erfolg und -misserfolg im Lehramtsstudium» liegt bereits seit Ende Juni im Ministerium vor, wie die Landesregierung in der Antwort auf eine Kleine Anfrage (Drs. 7/2620) der Linken im Landtag einräumte. Zwischenstände waren dem Ministerium demnach schon vorher bekannt. Nach früheren Angaben bricht etwa jeder zweite Student in MV das Lehramtsstudium ab - zugleich fehlen Lehrer.

Hesse will der Antwort zufolge nach der internen Auswertung die Studie zunächst öffentlich vorstellen und ein erstes Gespräch mit den Universitäts-

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 42/2018 15. Oktober 2018 - SCHULE

leitungen führen. Danach - voraussichtlich im Laufe dieses Monats - werde dem Landtagsbildungsausschuss das Material zur Verfügung gestellt.

Die Fraktionsvorsitzende der Linken, Simone Oldenburg, forderte eine sofortige Übersendung der Studie an den Bildungsausschuss. «Das Thema ist viel zu wichtig, um noch weiter verschleppt zu werden», sagte sie. Die Antwort sei im Übrigen eine Frechheit. «Zuerst wird die Öffentlichkeit informiert und danach darf der Landtag dann auch mal Einsicht nehmen?» Den Abgeordneten werde das Gutachten bereits seit drei Monaten vorenthalten. Dies sei eine Missachtung und Bevormundung des Parlaments.

Das Bildungsministerium wies die Vorwürfe zurück. Mit dem Gutachten sei Mecklenburg-Vorpommern bundesweit Vorreiter, sagte eine Sprecherin. «Als erstes Bundesland lassen wir Erfolgsquoten der Lehramtsstudierenden fächer- und schulartspezifisch wissenschaftlich evaluieren und schaffen damit bisher nicht da gewesene Transparenz.»

Die Landesregierung habe ein großes Interesse daran, die Ergebnisse möglichst breit zu präsentieren. «Wir setzen uns intensiv mit den Ergebnissen auseinander und stimmen uns notwendigerweise innerhalb der Landesregierung sowie mit den Verantwortlichen an den Universitäten zu den zu ziehenden Schlüssen ab.» Die Studie sei kein Selbstzweck, sondern diene dazu, Ansatzpunkte für Verbesserungen auszumachen.

Schüler als Unternehmer in Thüringen

Erfurt (dpa) - Viele Thüringer Schüler lernen nicht nur im Unterricht die Wirtschafts- und Arbeitswelt verstehen, sondern auch durch eigens gegründete Schülerfirmen. Insgesamt gibt es nach Angaben des Thüringer Bildungsministeriums 86 derartige Unternehmen im Freistaat.

«Die meisten Schülerfirmen arbeiten im Bereich Pausenversorgung und Catering», sagte eine Sprecherin des Ministeriums. Solche Firmen gebe es in Bildungseinrichtungen aller Schularten in Thüringen - vereinzelt selbst in Grundschulen. In Schülerfirmen führen Kinder und Jugendliche die Geschicke ihres Unternehmens selbst, kümmern sich etwa um Ein- und Verkauf von Material und Produkten. Unter anderem die Industrie- und Handelskammern in Thüringen halten die Schülerfirmen für wertvoll, um jungen Menschen Zusammenhänge in der Wirtschaft zu erklären. Die Gewerkschaften halten das Konzept dagegen für verbesserungswürdig.

Beraten und betreut werden die Schülerfirmen im Freistaat nach Angaben der Ministeriumssprecherin durch die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS), die dazu eine eigene Koordinierungsstelle in Jena betreibt. «Diese Koordinierungsstelle unterstützt Schülerinnen und Schüler sowie ihre pädagogischen Begleiter bei der Gründung und dem Betrieb von Schülerfirmen.»

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 42/2018 15. Oktober 2018 - SCHULE

dagogischen Begleiterinnen und Begleiter bei der Gründung einer Schülerfirma und der kontinuierlichen Arbeit», sagte die Sprecherin.

Unter anderem würden dabei zum Beispiel Muster für Satzungsvorlagen oder Vorlagen für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bereitgestellt sowie die Firmen untereinander vernetzt. In der Vergangenheit seien Beratung und Betreuung der Schülerfirmen durch die DKJS über eine Projektförderung mit 30 000 Euro jährlich vom Bildungsministerium unterstützt worden, sagte die Sprecherin des Ministeriums. Mitfinanziert wurde das Projekt mit ebenfalls 30 000 Euro durch die Heinz-Nixdorf-Stiftung.

Gewerkschaft: Schülerfirmen auf Wirtschaftsinteressen zugeschnitten

Ein Sprecher der Industrie- und Handelskammer (IHK) Erfurt sagte, Schülerfirmen stellten ein hervorragendes Instrument dar, um die Theorie aus dem Wirtschaftsunterricht spannend in die Praxis umzusetzen. Dabei könnten Schüler unter anderem lernen, wie ein Unternehmen organisiert werde, wie man Produkte bewerbe und den Markt richtig analysiere.

Der Bezirksjugendsekretär des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Bezirk Hessen-Thüringen, Gregor Gallner, sagte, auch aus seiner Sicht könnten Schülerfirmen sinnvoll und gewinnbringend sein, wenn sie in ein umfassendes, sozioökonomisches Konzept der Arbeitswelt- und Berufsorientierung integriert seien. Allerdings sehe man Schülerfirmen dann kritisch, wenn sie einseitig auf die Interessen der Wirtschaft zugeschnitten seien.

Genau das aber sei bei den Thüringer Schülerfirmen überwiegend der Fall, erklärte Gallner. Die meisten Konzepte für Schülerfirmen kämen von Unternehmen und es gehe dort vor allem um unternehmerische und betriebswirtschaftliche Perspektiven. «Die Interessen und Perspektiven der Arbeitnehmer kommen aus Sicht der Gewerkschaften zu kurz oder sind gar nicht vorhanden.» In Thüringen kenne er keine Schülerfirma, bei der die Gewerkschaften eingebunden worden seien.

Sebastian Haak (Erfurt)

Internet

- Jugend-Unternehmenswerkstatt <http://dpaq.de/bqW5X>
- Schülerfirmen Thüringen <http://dpaq.de/FeDTX>

Erneut weniger Schüler in Niedersachsen

Hannover (dpa) - Die Schülerzahl an allgemeinbildenden Schulen in Niedersachsen ist im Schuljahr 2017/2018 um 0,9 Prozent gesunken. Wie das Statistische Landesamt am 9. Oktober in Hannover mitteilte, setzt sich damit der rückläufige Trend der vergangenen zwölf Jahre fort.

Insgesamt wurden vor einem Jahr 409 223 Kinder und Jugendliche an den Schulen gezählt. Bis zur zehnten Klasse waren es ungefähr gleich viele Mädchen und Jungen, in den letzten drei Jahren vor dem Abitur waren die Schülerinnen mit 53,9 Prozent in der Mehrheit. Von den 24 396 Förder-schülern waren 66,6 Prozent Jungen.

Die Zahl der ausländischen Kinder und Jugendlichen stieg um 5,2 Prozent auf 76 791. Damit hatten 9,1 Prozent der Schüler in Niedersachsen keine deutsche Staatsbürgerschaft, an den Grundschulen sogar 12,0 Prozent.

Experte warnt vor Hass gegen Migranten

Bielefeld (dpa) - Konfliktforscher Andreas Zick hat vor einem erhöhten Gewaltpotential an Schulen gegen Menschen mit Migrationshintergrund gewarnt. «Der Hass in der Gesellschaft, vor allem auf Minderheiten, bahnt sich seinen Weg in den Schulen», erklärte der Professor für Sozialisation und Konfliktforschung an der Universität Bielefeld. Er nehme vermehrt Angriffe auf Schüler und Lehrer mit Migrationshintergrund wahr. «Rechtspopulistische und in Teilen rechtsextreme Kampagnen erreichen die Schule.»

Islamistische Radikalisierung sei ebenfalls zu beobachten. Dadurch nimmt die Gewalt an Bildungseinrichtungen nach Einschätzung des Experten aber nicht stark zu. Radikalisierte ziehen sich demnach in der Schule eher zurück, sagte der 56-Jährige. Zick rät, in Krisendienste, schulpsychologische Angebote und Sozialarbeit zu investieren.

Nordrhein-Westfalens Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) will zusätzliche Stellen für Gewaltprävention an Schulen schaffen. Die Ministerin schrieb in einem Gastbeitrag für den «Kölner Stadt-Anzeiger» (11. Oktober): «Klar ist, dass die Verstärkung der Gewaltprävention zusätzliche Ressourcen erfordert.» Deshalb seien im Entwurf des Haushaltsplans 2019 erstmals 54 zusätzliche Stellen für die Extremismus- und Gewaltprävention vorgesehen. An Schulen in NRW ist die Zahl der Straftaten gestiegen.

Spanisch überflügelt Russisch in Meck.-Vorp.

Schwerin (dpa) - Lange Zeit hielt sich Russisch auf Platz drei der beliebtesten Fremdsprachen an Mecklenburg-Vorpommerns Schulen - jetzt hat Spanisch diesen Platz inne. Vor fünf Jahren haben sich erstmals rund 50 Schüler mehr für Spanisch als für Russisch entschieden, wie aus Daten des Statistischen Landesamtes hervorgeht. Im vergangenen Schuljahr belegten 7411 Schüler Spanisch-Unterricht und nur noch 6212 Russisch, wie das Amt am 11. Oktober in Schwerin mitteilte.

VORSCHULE

Mehr Kleinkinder in Kitas in Rheinland-Pfalz

Bad Ems (dpa) - Die Zahl der unter drei Jahre alten Kinder in Rheinland-Pfalz, die außerhalb des Elternhauses betreut werden, ist in diesem Jahr auf rund 34 900 gestiegen. Wie das Statistische Landesamt in Bad Ems am 8. Oktober mitteilte, waren es im März 2018 rund 1000 Jungen und Mädchen mehr als im März 2017. Bei den Betreuungsquoten der Kinder unter drei Jahren seien deutliche regionale Unterschiede zu erkennen. Demnach werden in Landkreisen rund 32 Prozent der Kinder dieser Altersgruppe außerhalb des Elternhauses betreut - in kreisfreien Städten sind es knapp 28 Prozent.

Insgesamt 32 200 Kinder unter drei Jahren - das sind rund 950 mehr als im Vorjahr - besuchten eine der 2527 Kindertageseinrichtungen im Land. Weitere 2700 Kinder wurden von einer Tagesmutter oder einem Tagesvater betreut. Vor allem die Zweijährigen besuchen eine Kita oder werden im Rahmen der Kindertagespflege betreut.

Wegen steigender Bevölkerung - auch als Folge höherer Geburtenzahlen durch mehr Zuwanderung - hat sich die sogenannte Betreuungsquote jedoch nur leicht erhöht: Sie lag zum 1. März bei 30,9 Prozent. Ein Jahr zuvor waren es 30,7 Prozent.

Internet

- Pressemitteilung Statistisches Landesamt <http://dpaq.de/NFbPR>

Verein: Bayerns Kitas Kultusminister zuordnen

München (dpa) - Der Bund Bairische Sprache fordert, dass die Zuständigkeit für die Kindergärten in Bayern vom Sozialministerium ins Kultusministerium wechselt. Dies hatte Seehofer wenige Wochen vor der Landtagswahl 2013 beim Bayerischen Gemeindetag in Altötting angekündigt, das Versprechen jedoch nicht umgesetzt.

Der Dialektförderverein begründete die Forderung damit, dass im Sozialministerium «noch immer die von der Sprachwissenschaft längst widerlegte Irrlehre vom Dialekt als bildungshemmender Sprachbarriere gepflegt wird». Im Kultusministerium habe man hingegen bereits 2006 mit einer umfangreichen Dialekthandreichung in allen Schulen fest verankert, dass Dialekte beim Erwerb von Sprachkompetenz durchaus förderlich sein könnten. «Wenn einem die vorschulische Bildung am Herzen liegt, sollte man dies durch Bildung aus einem Guss realisieren», erläuterte der Vereinsvorsitzende Sepp Obermeier.

TERMINE

Oktober 2018

15. Senatsempfang zu 15 Jahren Hamburg Media School. Der Senator für Kultur und Medien, Carsten Brosda, gratuliert Verantwortlichen, Förderern und Weggefährten, Hamburg, Info: <http://dpaq.de/N4PvB>
16. Vortrag zum Thema „Data Science, Philology And Society“, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Berlin, Info: <http://dpaq.de/BH1Pj>
17. Herbstsitzung des Wissenschaftsrates, Hannover, Info: +49 (0) 221 3776 246, (bis 19.)
18. Festakt zum 200. Geburtstag der Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Bonn, Info: <http://dpaq.de/qzGCu>
18. Internationaler interdisziplinärer Kongress zum Thema „Möglichkeiten und Grenzen in der Entwicklung zur inklusiven Hochschule“, Pädagogische Hochschule Salzburg, Salzburg, Info: <http://dpaq.de/K4vrT> , (bis 19.)
19. 26. Jahrestagung der Gesellschaft für Schädelbasischirurgie, Ulm, Info: <http://dpaq.de/yUoFx>, (bis 20.)
22. Herbst-Presskonferenz des Wissenschaftsrates, Hannover, Info: <http://dpaq.de/0rp0p>
23. Kongress zum Thema „Zwischen Sprachen und Kulturen: Moderne hebräische und jiddische Literatur im östlichen Europa“, Leibniz-Institut für jüdische Geschichte und Kultur, Leipzig, Info: +49 341/21735-50, (bis 25.)
25. EduAction-Bildungsgipfel, Mannheim, Info: <http://dpaq.de/bro8H>, (bis 26.)
25. Verleihung des Medienpreises Bildungsjournalismus, Deutsche Telekom Stiftung, Hamburg, Info: <http://dpaq.de/zgXGK>
26. Internationale Tagung zum Thema “Failing Identities, Schools and Migrations – Teaching in (Trans-)National Constellations, Universität Bremen, Bremen, Info: <http://dpaq.de/3sA1Z> , (bis 28.)
27. Verleihung des Georg-Büchner-Preises 2018 an Terézia Mora und Verleihung des Sigmund-Freud-Preises 2018 an Wolfgang Kemp, Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung, Darmstadt, Info: <http://dpaq.de/Jne0t>
29. Osnabrücker Firmenkontaktmesse CHANCE 2018, Professional School , Hochschule Osnabrück, Info: <http://dpaq.de/ZDv8>
31. 62. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe, Berlin, Info: <http://dpaq.de/koPZ1>, (bis 3.)

November 2018

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 42/2018 15. Oktober 2018 - TERMINE

06. Mitgliederversammlung der Hochschulrektorenkonferenz, Lüneburg, Info: +49 (0) 228 887-153
07. Runder Tisch Bildung für nachhaltige Entwicklung in Brandenburg, Stiftung Bildung (noch keine weiteren Informationen)
07. 4. Science Slam „Wissenschaft auf die Bühne“, Universität Erfurt, Erfurt, Info: <http://dpaq.de/0Kugk>
08. 236. Amtschefskonferenz, Kultusministerkonferenz, Berlin, Info: <http://dpaq.de/pZTqB>
08. Verhalten in digitalen Umgebungen. Workshop über aktuelle Trends in der Computational Social Science, Sozialwissenschaftliches Methodenzentrum, Universität Bremen und DFG, Bremen, Info: <http://dpaq.de/OfIYC> , (bis 10.)
09. Internationale Tagung „Falling Walls Conference, u.a. zu den Themen, Abfallrecycling, Gentechnik und Trauma-Forschung, Berlin, Info: <http://dpaq.de/ChOuC>
09. 1. Wissenschaftliche Konferenz Schulverpflegung zum Thema „Schulverpflegung neu denken – Essen, was schmeckt – Foodchain für die Schulumensa?“, Deutsches Netzwerk Schulverpflegung e.V. (DNSV) und das Kompetenzzentrum Schulverpflegung an der Universität Vechta, Oyten bei Bremen, Info: <http://dpaq.de/f8UNh>
11. 14. Deutsche Konferenz zur Chemieinformatik, Gesellschaft Deutscher Chemiker e.V., Mainz, Info: <http://dpaq.de/cUBqj> , (bis 13.)
14. Konferenz zum Thema „Wenn Roboter denken – Eine interdisziplinäre Sicht auf intelligente Automation“, Technische Hochschule Aachen, Münster, Info: <http://dpaq.de/wGzIF> , (bis 16.)
16. Deutscher Lehrertag zum Thema „Neue Wege gehen?“, Verband Bildung und Erziehung (VBE), Dortmund, Info: <http://dpaq.de/2Q62F>
17. Praxis-Workshop zum Thema „Selbstmotivation von Schülern wecken“, Bildung&Begabung, Köln, Info: <http://dpaq.de/1sYtz>
19. Revision Summit zum Thema „Humanistische Werte im Kontext zu neuen Technologien“, Revision-Netzwerk, Berlin, Info: <http://dpaq.de/Hfyik> , (bis 20.)
21. 3. Deutscher Ausbildungsleiterkongress zum Thema „Duale Ausbildung geht in Führung“, Verband Bildung und Erziehung, Düsseldorf, Info: <http://dpaq.de/Mn2Fz> , (bis 23.)
21. Kongress zum Thema „Wandelbarer Campus der Zukunft“, Congress Presse, München, Info: <http://dpaq.de/mUota> , (bis 22.)
22. Jahrestagung 2018 des Universitätskollegs QPL: Diversität als Chance. Universität Hamburg, Hamburg, Info: <http://dpaq.de/2SqPr> (bis 23.)
29. Internationale Tagung zum Thema „Inklusion, Integration, Differenzierung – Behinderung in Literatur, Film und szenischen Künsten“, Universität Passau, Passau, Info: <http://dpaq.de/GuRCa> , (bis 2.12.)

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 42/2018 15. Oktober 2018 - TERMINE

29. Praxis-Workshop zum Thema „Begeisterung für Mathe wecken“, Bildung&Begabung, Köln, Info: <http://dpaq.de/n499X>

Dezember 2018

04. 79. Ordentliche Mitgliederversammlung des Deutschen Studentenwerkes, Berlin, Info: stefan.grob@studentenwerke.de
05. Internationale Konferenz Online Educa, Berlin, Info: <http://dpaq.de/wjQ8K> , (bis 7.)
06. Konferenz zum Thema „Wie frei sind die Hochschulen - Möglichkeiten und Grenzen der Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft“, ZEIT Konferenz Hochschule & Bildung, Berlin, Info: <http://dpaq.de/bK88R>
06. 364. Kultusministerkonferenz, Berlin, Info: +49 (0) 30 25418462
10. IT-Tage 2018, Magazin „Informatik Aktuell“, Frankfurt/Main, Info: <http://dpaq.de/W5MuK> , (bis 13.)

INHALT (GESAMT)

AKTUELLES

Empörung über «Lehrer-Pranger» der AfD	2
Tausende Lehrer fehlen.....	4
Länder-Gremium will Kulturpolitik stärken	5
FDP: Versäumnisse bei Schul-Digitalisierung	6
Asylbewerber - vergleichsweise hohe Bildung	7
Studentenwohnungen immer teurer	7
Zulagen-Affäre in BaWü geht weiter.....	8
Gedenkstätten-Chef klagt gegen Kündigung	8
BaWü-Koalition streitet um Türkischunterricht	9
«Du Müll» - Stück über Politiker-Hasspost.....	10

KULTURPOLITIK

Deutscher Buchpreis für Mahlkes «Archipel»	12
Berliner Museum der Moderne wird teurer	13
Schwedische Akademie benennt Mitglieder	13
Verdienstkreuz für Wimmelbuchautor	14
Nachlass von Schriftsteller Paz bleibt in Mexiko	15

BERUF UND WEITERBILDUNG

Nied. Kommunen beklagen Fachkräftemangel	16
Flüchtlinge in Hamburg finden zunehmend Jobs	16
Erstmals wieder mehr Azubis in Meck.-Vorp.....	17
Minister in Tunesien - Ausbildungsvereinbarung	18
Experten: Einreise von Fachkräften erleichtern	18
SPD: Weniger Personal-Wettbewerb im Osten.....	19
Frauen-Mentoring-Programm in Sachsen-A.....	20
Viele alte sächsische Landesbedienstete.....	20

FORSCHUNGSPOLITIK

Die Fleisch-Macher.....	21
«Weckruf» des Weltklimarats	25
Kohlendioxid aus der Luft ziehen	27

HOCHSCHULE

Vatikan will Jesuitenpater nicht als Rektor	28
Goethe-Institut startet Digital-Uni	29
R.-P.: Hochschulpakt schnell verlängern.....	30
So viele Studenten wie noch nie in Bayern	31
Weimarer Uni vor Bauhaus-Jubiläum	31
Fächerangebot überfordert Studienanfänger	32
Bund zahlt TU Dresden Geld für Lehrerbildung	32
Uni Mainz mit Israel-Professur	33
BaWü will Unis für Exzellenztitel helfen.....	33

dpa-Dossier Bildung Forschung

Nr. 42/2018 15. Oktober 2018 - INHALT (GESAMT)

Jeder vierte Student stark gestresst.....	34
Kulmbach - sieben Studiengänge geplant.....	34
Neuer Journalismus-Master an Uni Leipzig.....	35
SCHULE	
Sachsen zahlt angestellten Lehrern Zulage	36
Kommunen fordern Schul-Sanierungen in S.-H.	37
Linke in Meck.-V.: Regierung hält Studie zurück.....	37
Schüler als Unternehmer in Thüringen.....	38
Erneut weniger Schüler in Niedersachsen	39
Experte warnt vor Hass gegen Migranten	40
Spanisch überflügelt Russisch in Meck.-Vorp.	40
VORSCHULE	
Mehr Kleinkinder in Kitas in Rheinland-Pfalz.....	41
Verein: Bayerns Kitas Kultusminister zuordnen	41
TERMINE	42
INHALT (GESAMT)	45

IMPRESSUM / RECHTLICHE HINWEISE

Impressum

dpa Deutsche Presse-Agentur GmbH

Vors. des Aufsichtsrates: David Brandstätter
Geschäftsführer: Peter Kropsch (Vors.), Matthias
Mahn, Andreas Schmidt

Mittelweg 38
20148 Hamburg

Postfach 13 02 82
20102 Hamburg

Telefon: 040 4113-0
E-Mail: info@dpa.com

Eingetragen beim Handelsregister Hamburg,
HRB 68431

Ust-IdNR: DE 118543436

Inhaltlich verantwortlich:

Inhaltlich verantwortlich ist der jeweils auf Seite 1
genannte Redakteur.

Wenn Sie Interesse an weiteren Produkten ha-
ben, wenden Sie sich einfach an den dpa-
Vertrieb.

E-Mail: dossiers-termine@dpa.com
Telefon: (040) 4113-32521

Hinweise

© dpa Deutsche Presse-Agentur GmbH.

Alle Inhalte dieser Ausgabe sind urheber- und
leistungsschutzrechtlich geschützt.
Jegliche Nutzung außer zur eigenen Information,
ist ohne ausdrückliche Zustimmung der dpa un-
zulässig.

Dies gilt insbesondere für die ganze oder teilwei-
se Veröffentlichung, Vervielfältigung, Weitergabe,
Bearbeitung oder Einspeisung in elektronische
Systeme.

Alle Rechte bleiben vorbehalten.

Alle in diesem Produkt gemachten Angaben wur-
den mit größter Sorgfalt recherchiert. Dennoch
übernimmt die dpa keine Gewähr für die Richtig-
keit. Eine Haftung für Schäden, einschließlich
entgangenen Gewinns, welche in Verbindung mit
den in diesem Produkt genannten Inhalten eintre-
ten sollten, ist ausgeschlossen.